

Deutsche

Metall-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des deutschen Metallarbeiter-Verein, der Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (G. K. Nr. 29, Hamburg) und der freien Vereine der Metallarbeiter Deutschlands.

Erscheint wöchentlich einmal Samstags. Abonnementspreis bei der Post 80 S , in Partien direkt durch die Expedition billiger. Einzel-Abonnement nur bei der Post.

Nürnberg, 5. Mai 1894.

Inserate die viergeschwisterte Zeitzeile oder deren Stammt 20 S Nürnberg, Wetzstraße 12.**Der Jahresbericht der württembergischen Fabrikinspektion**

für 1893 beschäftigt sich wieder der gewohnten Stärke, was hauptsächlich von der kurzen Behandlung der Wohlfahrtseinrichtungen herrscht, auf deren Bewährung gerne verzichtet werden kann.

Die Geschäftslage im Berichtsjahr wird von beiden Aufsichtsbeamten übereinstimmend dahin charakterisiert, daß im Anfang des Jahres die Erwerbsverhältnisse sich besserten, indem alle über doch die meisten Fabriken regelmäßig beschäftigt waren, verschobene sogar reichliche Aufträge hatten, zu deren Bewältigung Verlängerung der Arbeitszeit bis zur gesetzlich zulässigen Grenze in Anspruch genommen wurde. Leider beeinträchtigte die anhaltende Trockenheit im Frühjahr und Sommer den in der ersten Hälfte des Jahres bemerkbaren regeren Geschäftsgang bei denselben Industriezweigen, welche für den einheimischen Markt arbeiten, mehr oder weniger, je nachdem dieser als größeres oder kleineres Absatzgebiet für sie in Betracht kommt, insofern, als dieselbe in einem großen Theil von Süddeutschland einen Futtermangel verursachte, welcher die Landwirtschaft treibende Bevölkerung zu einertheilweise Verminderung ihres Viehstandes zwang und deren Kaufkraft bedeutend schwächte. Die Silberkrise in Nordamerika, die Revolution in Brasilien übten nachtheiligen Einfluß auf die mit dem Export dahin direkt oder indirekt zusammenhängenden Industriezweige, während die 1892 abgeschlossenen Handelsverträge noch wenig Wirkung zeigten.

Die Hüttenwerke, Maschinenfabriken, Werkstätten für Eisenkonstruktionen und Blecharbeiten waren nach dem Stuttgarter Fabrikinspektor Verner genügend beschäftigt und herrschte in denselben wegen der äußerst kurzen Lieferungstermine bis Ende des Jahres eine rege Tätigkeit. Tägliche Arbeitskräfte waren gesucht. Weniger befriedigt waren die Fabriken landwirtschaftlicher Maschinen, die während der Sommermonate auf Vorrauth zu arbeiten und die Zahl der Arbeiter einzuschränken sich geneigt sahen. Gegen Ende des Herbstes mehrten sich jedoch die Aufträge wieder und es konnte das disponibel gewordene Arbeiterpersonal zum größten Theil wieder untergebracht werden.

Die Metallwaren- und Lampenfabriken äußerten sich über den Geschäftsgang befriedigt; weniger die Edelmetallindustrie, welche, wie im Jahre 1892 so auch im Berichtsjahr, unter sehr ungünstigen Verhältnissen zu arbeiten hatte. Kleinere Betriebe hörten ganz auf und einzelne solche von großem Umfang fanden sich geneigt, ihre Arbeitszeit und ihr Personal zu reduzieren. Günstiger war das Geschäft in einigen großen Fabriken von silbernen Gebrauchsgegenständen, obwohl auch in diesen der Unternehmergevin in Folge des andauernden Rückgangs des Silberpreises unter das gewöhnliche Maß herunterging. Der An-

drang von Arbeitern zu diesen Gewerben hat deshalb bedeutsam nachgelassen.

Der Aufsichtsbeamte des Schwarzwald- und Donaukreises, Herr Hochstetter, berichtet von einem befriedigenden Jahr der großen Metallwarenfabriken, jedoch werde die Behauptung des bisherigen Absatzgebietes unter den heutigen Vollverhältnissen als schwierig geschildert. Die Blechwarenfabrikanten bezelchnen den Geschäftsgang als zufriedenstellend, einige auch als gut; die Metallwarenfabriken als mittelmäßig und nur einzelne als befriedigend. In einer bedeutenden Sensenfabrik wurde wegen mangelnder Aufträge seit dem Herbst nur noch 5 Tage in der Woche gearbeitet.

Die Maschinenfabriken und Eisengiessereien waren mit wenigen Ausnahmen regelmäßig und leidlich befriedigend, vereinzelt auch sehr gut beschäftigt; in zwei Fällen wurde während des Sommers vorübergehend die Arbeitszeit gekürzt. Gegen den Schluss des Jahres verringerten einige mittlere, über große Geschäftsfrauheit klagende Maschinenfabrikanten die Zahl ihrer Arbeiter um 10 bis 15 Prozent. Eine große Waffenfabrik entließ vom Frühjahr bis Herbst nach und nach 1700 Arbeiter (in manchen Monaten 500 bis 600) und beschäftigte am Schluss des Jahres nur noch 600 bis 700 Mann. Der Grund hierfür liegt, wie dem Fabrikinspektor mitgetheilt wurde, nicht in etwaigem Mangel an Aufträgen, sondern in der durch eine neue Bestellung bedingten Abänderung der Werkzeuge und Arbeitsmaschinen, nach deren Fertigstellung die Wiederaufnahme des vollen Betriebes und zwar voraussichtlich in diesem Frühjahr, wieder in Aussicht genommen ist. Durch diese bedeutenden Entlassungen wurde das Arbeitsangebot unter Andern in den Fabrik chirurgischer Instrumente, für welche das Berichtsjahr als ein gutes bezeichnet werden kann, so stark, daß man wohl mit Recht, sagt der Aufsichtsbeamte, die Heraussetzung der Akkordlohn umtheile 10 bis 15 Proz. Hierauf zurückzuführen darf.

Dieser Fall ist ungemein lehrreich, da er unver schleiert klar und deutlich zeigt, daß der Arbeiter der willenslose Spielball des Kapitals ist und daß das Kapital der Regulator der industriellen Reservearmee und des Gesetzes von Angebot und Nachfrage ist, nicht aber die Arbeiterklasse. Trefflich werden durch den Fall die Unsicherheit der Arbeitereinstellung und der Arbeitsbedingungen beleuchtet, sowie das mancherlei Wort, daß jeder seines Glückes Schnied sei, unzweideutig als Schwindel charakterisiert.

Bemerkenswert ist die weitere Mitteilung Hochstetter's, daß die Uhrenfabrikation gut ging, mehrere große und mittlere Fabriken vergrößert und Arbeitszeitverlängerungen in Anspruch genommen wurden, gleichwohl aber in einzelnen Betrieben Bohrreduktionen stattfanden. Ob guter oder schlechter Geschäftsgang, immer ist die kapitalistische Tendenz auf Herabdrückung der Arbeits-

bedingungen wirksam und Arbeitslose sowie der Mangel an mächtigen Gewerkschaftsorganisationen begünstigen sie. —

Im Gegensatz zu den meisten anderen bundesstaatlichen Gewerbeinspektoren sind die württembergischen in der Lage, fast jeden revisionspflichtigen Betrieb jährlich einmal zu revidieren; so wurden im Berichtsjahr von 2268 nicht weniger als 2063 besucht, wovon 206 zweit und drei Mal. Der Überwachungstätigkeiten der Ortspolizeibehörden wird wieder ein recht ungünstiges Zeugnis ausgestellt.

Über den Verkehr mit den Arbeitern, der beim Stuttgarter Fabrikinspektor ca. 30 Beschwerden aller Art brachte, sagt dieser, daß die von ihnen angebrachten Klagen in der Mehrzahl und ihrem vollen Umfang nach berechtigt waren; das Gleiche konstatiert Herr Hochstetter, welcher einmal mit sämtlichen Assistenten einer Einladung zu der Konferenz von Vertretern der vereinigten Gewerfschaften in Stuttgart mit Zustimmung der vorgesetzten Behörde folgte. Die bei dieser Gelegenheit von den Arbeitern vorgebrachten zahlreichen Klagen über Missstände in verschiedenen Fabriken des Landes erwiesen sich bei der späteren Untersuchung zum größten Theile als berechtigt. Abgerathen wird den Arbeitern von sofortiger Veröffentlichung beobachteter Missstände in der Presse und deren Bekanntgabe an die Gewerbeinspektion empfohlen.

Ganz in Übereinstimmung mit unseren bezüglichen Ausschauungen tritt der Stuttgarter Aufsichtsbeamte für Verlegung des Fortbildungskurses vom Abend auf die Tageszeit ein und er bemerkt sehr richtig dazu, daß der Schaden, welcher den Lehrmeistern aus dem Arbeitsausfall entsteht, reichlich aufgewogen würde durch den Nutzen der besseren und schnelleren Ausbildung der Lehrlinge. Hochstetter kritisiert die betriebene Lehrlingszüchterei und namentlich die selbstsüchtige Ausbeutung der Lehrlinge durch andauernde einseitige Beschäftigung. Mit Bezug auf letztere Thatache wird angeführt, daß in einer Maschinenfabrik, welche ihren Lehrlingen bei dreijähriger Lehrzeit im ersten Halbjahr 20 S , im zweiten Halbjahr 40 S und in den folgenden zwei Jahren je 50 S täglich bezahlt, ein Lehrling 1½ Jahre lang fortwährend an der Hobelmaschine, daß folgende halbe Jahr an einer Fräsmaschine beschäftigt wurde, so daß von der ganzen Lehrzeit nur noch 1½ Jahre zur Ausbildung am Schraubstock und an der Drehbank übrig blieben. Ein anderer Lehrling derselben Fabrik hatte 1½ Jahre an einer Horizontalbohrmaschine zu arbeiten. Dem Inhaber dieser Fabrik wurde die Abstellung dieser Missstände ernstlich nahe gelegt und der selbe sowie außerdem der Meister noch verwarnt, da sich bei der Fabrikrevision auch ergeben hatte, daß letzterer die Lehrlinge öfters beohrfeigte.

In recht sonderbarem Lichte erscheint der bundesrätliche Verordnungswege durch die Bemerkungen über die verordnete Arbeitszeitverlängerung für die Ziegeleien,

die von März bis November täglich 12 Stunden mit sämtlichen Arbeitern arbeiten dürfen. Herr Hochstetter erklärt offen, daß für diese Ausnahmestellung der Ziegeleien kein Bedürfnis vorhanden war, da der Elfstundentag von verschiedenen Ziegeleibesitzern wohlthätig empfunden wurde; aus diesem Grunde sowie aus Unkenntlichkeit der Verordnung ist von ihr im Berichtsjahr kein Gebrauch gemacht worden. Nach Herrn Verner gingen manche Ziegeleibesitzer nach Erlaß der Verordnung sofort von der eingeführten 10- zur elfstündigen Arbeitszeit über und es steht zu befürchten, daß der Zwölfstundentag folgt.

So macht der Bundesrat Sozialreform. Die wenigen Schutzbestimmungen, welche in das Gesetz von 1891 aufgenommen wurden, werden nun durch Verordnungen wieder aufgehoben. Diese Erfahrungen sollten für die Zukunft davor bewahren, dem Bundesrat das Recht zur Einschränkung der Wirksamkeit eines sozialpolitischen Gesetzes mittels der Verordnung zu übertragen. Der Bundesrat besorgt eben die Geschäfte der Unternehmer und nicht diejenigen der Lohnarbeiter.

Die Zahl der beschäftigten jugendlichen Arbeiter sowie der Arbeiterinnen hat wesentliche Zunahme erfahren, ebenso die Zahl der Etablisements, in welchen sie beschäftigt werden.

Arbeitszeitverlängerungen wurden insgesamt für 18,397 von 28,545 Arbeitern erhöht und zwar für 335,011 Stunden.

Über die Arbeitszeit bemerkt Herr Verner, daß sie im Allgemeinen 10 bis 11 und in seltenen Ausnahmen 12 Stunden täglich dauert; nach Herrn Hochstetter ist der Elfstundentag vorherrschend. Von 456 Arbeitsordnungen bestimmten 9 eine Arbeitszeit unter 10, 86 10, 299 10½ bis 11 (letztere stark vorwiegend) und 62 über 11 Stunden, meist 11½ und 12 Stunden tägliche Arbeitszeit. Die 668 Arbeiter in den staatlichen Salinen und Bergwerken arbeiten 8 bis 9½ Stunden.

Eine weit bessere Übersicht als diejenige betreffend die Gesetzesverletzungen und Bestrafungen bietet die Angaben über die Tätigkeit der Gewerbege richtete, deren zehn in Württemberg bestehen.

Züglich als Kuriosum darf schließlich noch angeführt werden, daß im Stuttgarter Aufsichtsbezirk von 80 Uebertretungen der Gesetzesbestimmungen zum Schutze der Arbeiterinnen eine bestraft wurde! Solche heitere "Strenge" kann natürlich den Unternehmern nicht imponieren, und wenn man dazu die völlige Unthätigkeit der Polizeibehörden häst, ferner die ganz ausnahmsweise Nachschau des Fabrikinspektors, so kann man wohl in allem Ernst sagen, daß die Arbeiterschutzbestimmungen, soweit sie der Bundesrat nicht "wegverordnet", vogelfrei sind.

Aus Amerika.

In zwei Artikeln versuchten wir in jüngster Zeit eine kleine Uebersicht über die wirtschaftliche Entwicklung zu geben und zwar handelte es sich dabei in der Hauptsache um europäische Länder. Bei der großen wirtschaftlichen Bedeutung der Vereinigten Staaten muß es Federmann interessiren, auch über ihre Entwicklung etwas zu erfahren. Es ist nun jüngst die Bearbeitung der 1890 aufgenommenen Fabrikstatistik des statistischen Bureaus in Washington veröffentlicht worden, die in Vergleich mit den bezüglichen Daten von 1880 gesetzt, ganz bedeutende industrielle Fortschritte der Union in dem bezeichneten Jahrzehnt erkennen läßt. Der Vergleich ergibt folgendes Bild:

	1880	1890
Etablissements	258,502	322,924
Arbeiter	2,700,732	4,476,094
Kapital	2780,76 Mill.	6188,71 Mill.
Arbeitslohn	939,46 "	2171,35 "
Rohstoffwerth	8395,92 "	5018,27 "
Produktionswerth	5349,19 "	9054,43 "

Die Summen sind in Dollars genannt. Von den 4,476,094 Arbeitern bezeichnetet die Fabrikstatistik 426,139 als Beamte, Mitglieder der Firma, Komptoiristen; an Gehältern und Aufheilen entfallen auf sie 372 Millionen Dollars.

Die fortschreitende Entwicklung der Union drückt sich in folgenden Prozentzahlen aus. Es wuchs von 1880 bis 1890 die Zahl der Etablissements um 27,27, der Arbeiter um 65,74, des Kapitals um 120,76, der Arbeitslöhne um 131,13, des Rohstoffwertes um 47,77 und des Produktionswertes um 69,27 Prozent.

Die "Bemischten Ausgaben", Kapitalzins, Steuern &c. betrugen 1890 615 Millionen Dollars.

Zur Klärung des Verhältnisses von Arbeitslohn und Unternehmergevinum trägt sehr bei die von der "New-Yorker Volkszeitung" aus den amtlichen Zahlen gemachte Zusammensetzung, die folgendermaßen lautet: 1880. Alter Werth. Rohstoff 8395,9, sonstige Arbeitsmittel 259,9, Total 3655,89 Millionen Doll. Neuer Werth. Löhne 1098, Mehrwerth 493,5, ausgeschiedene Rieche und dito Kapitalzins sowie Steuern 101,6 Mill., Summe des Mehrwertes 595,1, Total des neuen Werths 1693,2 Gesammttotal des Produktionswertes 5349,1 Millionen Dollars.

1890. Alter Werth. Rohstoff 5018,2, sonstige Arbeitsmittel 443, Total 5461,2 Mill. Doll. Neuer Werth. Löhne 2171,3, Mehrwerth 1249,7, Miete, Kapitalzins, Steuern 172, Summe des Mehrwertes 1421,7, Total des neuen Werthes 3593,1, Gesammttotal des Produktionswertes 9054,4 Mill. Doll.

Nach der amtlichen Statistik sind die Arbeitslöhne in ihrer Gesamtsumme im bezeichneten Jahrzehnt um 131 Prozent gestiegen, der Mehrwert aber, resp. der Kapitalsgewinn um 153 Proz.

Bemerkenswerth ist die verschiedenste Steigerung des produktiv angelegten Kapitals und der Arbeiterschaft. Während Erstere um 120 Proz. sich vermehrte, stieg die beschäftigte Arbeiterzahl nur um 65 Proz. Diese Gegenüberstellung zeigt, daß das angelegte Kapital viel rascher sich vermehrt als die beschäftigte Arbeiterschaft.

Das "Nationalvermögen" der Vereinigten Staaten ist von 43,642 Millionen Dollars im Jahre 1880 gestiegen auf 65,037 Millionen Doll. im Jahre 1890. Von 1850 bis 1860 wuchs der Nationalreichtum um 126, von 1860 bis 1870 um 85, von 1870 bis 1880 um 45 und 1880 bis 1890 um 49 Proz. Auf den Kopf der Bevölkerung entfielen im Durchschnitt 1850: 308, 1860: 514, 1870: 780, 1880: 870 und 1890: 1039 Dollars.

Nach einer Statistik aus dem Jahre 1888 stellt sich das Vermögen in den

einzelnen Ländern auf den Kopf der Bevölkerung folgendermaßen: Australien 1850, Großbritannien und Irland 1235 (Großbritannien allein 1815 D.), Dänemark 1150, Frankreich 1120, Holland 1080, Ver. Staaten 1050, Kanada 980, Belgien 835, Schweiz 825, Griechenland 810, Spanien 749, Deutschland 700, Kapkolonien 650, Österreich 495, Italien 275 &c.

Dass Amerika, das vermehrlich so überreiche Land, erst an sechster Stelle steht, wird damit erklärt, daß von den großen Städten abgesehen, der Grund und Boden in Folge der dünneren Bevölkerung einen so relativ geringen Marktwert hat, aber es hängt wohl auch damit zusammen, daß die Lage des arbeitenden Volkes nicht entfernt so gut ist, als gewöhnlich angenommen wird. Man braucht ja auch nur daran zu denken, wie viele Millionen von Einwohnern sich mit einem Anteil am Nationalreichtum weit unter dem Durchschnitt von 1050 Dollars begnügen müssen.

Selbst ein bürgerliches Blatt bemerkt mit einem Stoßseufzer: „Wäre nur das Vermögen weniger ungleich verteilt. Wenn ein Mann 120 Millionen Doll. besitzt, so müssen die anderen 60 Millionen Bewohner des Landes notwendigerweise je 2 Dollars weniger als den Durchschnitt besitzen; wo es Hunderte und Tausende von einfachen, doppelten und zehnfachen Millionären gibt, muß es notwendigerweise auch arme Leute geben. und umgedreht, tausend arme Leute machen einen Millionär.“ — Mit diesem Ressignationsseufzer ist freilich den Besitzlosen nicht geholfen. Es heißt, den Ursachen dieser Differenz nachzuforschen und dann diesen Ursachen an die Wurzel gehen. „Der bloße Unterschied im Privatbesitz wäre noch gar nicht so schlimm“, meint die "New-Yorker Volkszeitung", „wenn dieser Privatbesitz nicht den Besitz an Produktionsmitteln einschließe und damit die unvorherrliche Fortpflanzung und Erweiterung des Unterschiedes.“

Noch einmal auf die wirtschaftliche Entwicklung Amerikas zurückzukommen, hinter der auch manche europäische Staaten nicht zurückstehen, möchten wir den hier im schnellsten Tempo sich vollziehenden und Federmann sichtbaren Fortschritten zur Erheiterung unserer Leser die Forderungen des jüngst in Berlin stattgefundenen Innungstages gegenüberstellen: Zwangsinnung und Besitzungsnahtweiss. Damit sollen die Millionen Dampfverdecks lahmgelegt und das Handwerk wieder blühend gemacht werden.

Krankenkassen und Apotheken.

Dass die Herren Apotheker Riesengewinne aus ihren "Geschäftchen" ziehen, ist allbekannt. Im "Vorwärts" wurde vor Kurzem eine lange Reihe von Apotheken aufgeführt, die ihren Besitzern beim Kaufe Tausende von Mark eingebracht haben; ergo muß das "Apothekergeschäftchen" doch immerhin nicht so unprofitabel sein, das beweist auch ein Artikel der "Frankfurter Zeitung", dem wir Folgendes entnehmen:

Über das Verhältniß zwischen Krankenkassen und Arzten haben in den jüngsten Monaten die Verhandlungen der zentralisierten Hilfskassen mit dem Arztsverein in Frankfurt ein gewisses Licht verbreitet. Die Krankenkassen sind aus den letzten Verhandlungen siegreich hervorgegangen. Über das Verhältniß der Krankenkassen zu den Apotheken Aufklärung in die Deffenlichkeit zu tragen, ist unserer Nachbarstadt Hanau vorbehalten geblieben.

Die zentralisierten freien Hilfskassen und der große Sanitätsverein Hanau haben mit den dortigen Apotheken ein Abkommen, wonach ihre Mitglieder und deren Familienangehörige bei Bezug von Arzneien einen Rabatt von 20 Prozent

genießen. Im Herbst vorigen Jahres weigerten sich nun die Hanauer Apotheker, den Familienangehörigen der Krankenkassenmitglieder den Rabatt weiter zu gewähren, und vor Kurzem erklärten sie, jetzt auch für die Krankenkassenmitglieder selbst nur mehr zehn vom Hundert bei der vierteljährlichen Bezahlung in Abzug bringen zu lassen. Die Krankenkassen wünschten natürlich, daß das bisherige Verfahren beibehalten werde, und da die Apotheker darauf nicht eingehen wollen, so haben die Kassen beschlossen, daß ihre Mitglieder bis auf Weiteres die Medikamente ausschließlich bei zwei bestimmten Apotheken der Stadt entnehmen, wenngleich auch diese beiden ihren Rabatt auf 10 Prozent herabgesetzt haben. Die Krankenkassen sind im Stande, diese Kampfmäßregel mit einer Strenge durchzuführen, wie sie bei ähnlichen Vorkommnissen selten davorsteht, sie werden ihren Mitgliedern eben nur diejenigen Medikamente bezahlen, die aus einer der beiden bezeichneten Apotheken bezogen worden sind. Ein Versuch, diese Angelegenheit beizulegen, ist gescheitert. Der Bürgermeister der Stadt hatte die Vertreter der beiden Parteien aufs Rathaus geladen, bei den Verhandlungen blieben jedoch beide Theile bei ihren Forderungen. Und so rufen die Krankenkassen ihre Mitglieder zur strengen Einhaltung des Vorkotts auf. Die Apotheker aber rechtzeitig im "Hanauer Anzeiger" ihr Vorgehen mit dem großen Notstand in ihrem Gewerbe.

... Wir wollen uns nun dem Notstand des Apothekergewerbes zuwenden. Wer lacht da?

Wir haben in der neueren Zeit entschieden Fortschritte gemacht in der Fähigkeit, einen Notstand zu beurtheilen. Wir haben die versammelten Großgrundbesitzer in Berlin ihren Notstand erklären gehört; wir haben bei der Notstands-Interpellation der sozialdemokratischen Partei im deutschen Reichstag hinwieberum die Fähigkeit eines preußischen Ministers bewundert, Dinge auch nicht zu sehen, Umstände als irrelevant zu erklären, die uns zuvor als bedrohlich erschienen waren. Untersuchen wir nun einmal, was ist es mit dem Notstand der Apotheker? Oder sollten nur die Hanauer Apotheker sich in Not befinden? Das ist doch kaum möglich bei der zögern den Art, wie auch dort Apotheken konzessioniert werden. Und wenn man genauer nachforscht, so hat der oben erwähnte Führer der Apotheker in Hanau — er führt hier die Apotheker, wie er früher die Antisemiten geführt hat — so hat der selbe Herr im Jahre 1893 seine Apotheke in Reichelsheim i. O. mit einem Gewinn von 82,000 M verkauft, nachdem er sie nur acht Jahre innegehabt hatte. Darnach können wir nicht zur Überzeugung von einem Apothekernotstand gelangen. Wir können es auch nicht, wenn wir die hohen Summen uns vorführen, die sonst bei Apothekenverkäufen gewonnen worden sind. Die "Frankfurter Zeitung" hat schon seit Jahren diesem Gegenstand ihre Aufmerksamkeit geschenkt und von Zeit zu Zeit ihre Leser durch Mittheilung der hohen Summen in Erstaunen gesetzt, die bei solchen Verkäufen erzielt worden sind. Einige jüngst veröffentlichte Zahlen über Verkäufe in den letzten Jahren mögen hier wiedergegeben sein: 1891 wurde die Einhornapotheke in Duisburg für 460,000 M verkauft mit einem Gewinn von 150,000 M nach dreijährigem Besitz; eine Dortmunder Apotheke hat seit 1873, wo sie konzessioniert wurde, ihrem ersten Verkäufer einen Erlös von 180,000 M, dem zweiten von 285,000 M, dem dritten von 485,000 M gebracht. Solch horrende Summen in wenigen Jahren sind keine Seltenheit, und die Liste ließe sich noch weiter fortsetzen, ohne etwas Anderes

zu beweisen, als daß die Rentabilität der Apotheken in den letzten 10 Jahren enorm gestiegen sei mit, denn die Apotheker sind doch auch gute Rechner.

Die Apotheken haben eben seit der Einführung und durch die Einführung der Krankenkassen erheblich an Eintragschlecht gewonnen, und durch die Krankenkassen ist auch ein Grund für die hohe Preishaltung der Medikamente in Wegefall gekommen. Die Krankenkassen haben demnach ein vielfaches Recht auf die Gewährung einer Berücksichtigung von Seite der Apotheken. Seitdem jeder Arbeitende sich einen Rechtsanspruch auf Krankengeld, freie ärztliche Behandlung und freie Arzneimittel erwirbt, haben sich die Verhältnisse so verschoben, daß eine große Anzahl von Menschen, die früher ihre kleinen und auch wohl größeren Leiden unbehandelt und ungünstig ertragen mußten, daß alle diese Menschen nun Gelegenheit haben, sich ärztlichen Rat zu holen. Und der drückt sich zumeist, weil vielleicht am stärksten, in einem Rezept aus. Früher ging der Arme wohl auch zum Arzt, der ihn gratis behandelte, das Rezept konnte er aber nicht immer machen lassen; die Apotheken arbeiteten nie gratis. Heute wird gerade das Rezept des Arbeiters dem Apotheker auf die bequemste Art bezahlt und das schenkbare Vorsystem dabei ist das aller sicherste, da ja die Behörde Buchführung und Rechnungswesen der Krankenkassen streng revidirt. Es hat sich im Gegensatz zu früher bei dem Arbeiter die Neigung ausgebildet, sich viel behandeln zu lassen und Mancher glaubt noch nicht mit der genügenden Gründlichkeit behandelt zu werden, wenn er vom Arzt nur Ratschläge für seine Lebensweise und Neuliches erhält. Wir sehen, die Apotheken haben — abgesehen von der höheren Lebenshaltung der Besitzenden — in den letzten zehn Jahren ihr Absatzgebiet gewaltig erweitert, und zwar durch die Krankenkassen, die für die Sicherheit des Verkehrs, die sie dem Apotheker bieten, für ihren großen Gesamtverbrauch einen entsprechenden Rabatt fordern. Es könnte scheinen, als benötigten wir als Unterlage für unsere Behauptung nur ganz allgemeine Einblicke. Dies ist nicht der Fall. Diese Thatsachen sind so sehr allgemein anerkannt, daß Prof. Dr. Liebreich, von dem Allg. Deutschen Knapp'schaftsverband beauftragt, eine Zusammenstellung der Verordnung und Berechnung von Arzneien für die Kassenärzte auszuarbeiten*), in seiner Einleitung zu diesem Werke sagt: „Bei der außerordentlichen Verbreitung der Rezeptverordnungen in viel weiteren Schichten der Bevölkerung, als dies früher der Fall war, spielt die ökonomische Frage jetzt eine ganz außerordentliche Rolle.“ Durch die Krankenversicherung haben die Apotheken noch etwas Weiteres gewonnen. Den Apotheker zahlt manhaar, dem Arzt bleibt man schuldig, das ist altes Herkommen. Hier und da — wer auf dem Lande praktiziert hat, weiß, wie schwer und wie selten — borgt auch der Apotheker, ein drängender Fall nötigte sein christliches Herz — nun, diese seltenen Fälle sind durch die Krankenkassen noch weiter vermindert worden, so daß heute fast allein der Apothekerverstand ganz ohne den Aussatz in Folge uneinbringbarer Ausstände arbeitet. Das ist ein weiterer Grund, warum die Arzneiautoren herausgegeben werden dürfen, und warum, so lange dies nicht generell geschehen ist, wir auf Seite der Krankenkassen stehen, wenn sie mit allen Mitteln sich den höchsten Rabatt von den Apothekern zu erzwingen suchen. . . .

* Berechnung und Verordnungen von Arzneien. Zur Anfrage des Allg. Deutschen Knapp'schaftsverbandes zusammengestellt von Dr. Oskar Liebreich, Geh. Med.-Rath, a. o. Prof. Dr. A. Friederich-Wilh.-Universität.

Liebreich's Buch, daß bei der Stellung des Verfassers den Anspruch auf absolute Zuverlässigkeit erheben kann, führt in seiner Zusammenstellung nur die billigeren Rezepturen an und von den teureren nur die unentbehrlichen. Die Berechnung ist für Preußen, Bayern, Elsass-Lothringen, Hessen, Mecklenburg, Sachsen und Württemberg nebeneinander ausgeführt. Da steht z. B. — wir greifen ohne besondere Auswahl heraus — Nr. 7 ein Rezept für Arsenörner, das kostet in Sachsen 86 S , in Württemberg $\text{M} 1,17$; Nr. 8 eine Arsen-salbe, kostet in Preußen 62 S , in Württemberg 95 S ; Nr. 19 sind Bougies von Karbolsäure, die in Sachsen $\text{M} 1,85$, in Bayern $\text{M} 4,87$ kosten; die Taxe der Materialkosten hierauf variiert in den verschiedenen Vaterländern von 73—90 S , die dazu verwendeten 80 Gramm Olzherin allein setzt Württemberg mit 15 S , Preußen mit 30 S an; für die drei Wägungen rechnet Württemberg 20 S , Sachsen 9 S ; die anderen stehen zwischen diesen beiden Extremen. Für die weiteren Arbeiten läßt Bayern seinen Apothekern $\text{M} 3,30$, Württemberg 95 S , Sachsen 90 S , Preußen $\text{M} 1,55$, Elsass ebenso wie Hessen und Mecklenburg $\text{M} 1,50$ bezahlen. Als Nr. 26 figurirt ein Rezept, dessen Hauptbestandtheile Salzsäure und das Extrakt der Colombaiwurzel bilben. Dieses Extraktum kostet Hessen auf 38 S , Preußen, Bayern, Elsass-Lothringen und Mecklenburg auf $\text{M} 1,25$, Sachsen und Württemberg auf 75 S ; die ganzen Pillen sind im Elsass am teuersten, wo sie $\text{M} 2,15$, am billigsten in Hessen, wo sie $\text{M} 1,02$ kosten; für das Pillendreieck werden nämlich im Elsass und in Bayern 40 S gerechnet. Auch durch das verwendete Glas entsteht noch ein Unterschied bei dieser Verordnung, da der bayrische, württembergische und hessische Apotheker 10 S , der preußische 13 S und der Elsässer Apotheker gar 15 S für ein grünes Glas rechnen darf. Dabei haben vielleicht alle diese Apotheker der verschiedenen Länder die gleichen Bezugsgesellen. Rezept Nr. 145 kostet in Hessen 96 S , im Elsass $\text{M} 1,88$, also fast das Doppelte. Unter 221 stehen Kreosot-Kapseln, die in Sachsen $\text{M} 2$, in Preußen $\text{M} 1$, also gerade die Hälfte kosten. Ein Moschus-Rezept kostet Württemberg mit $\text{M} 6,43$, Bayern mit nur $\text{M} 4,45$. Nun so geht es weiter durch das ganze Bändchen, bis zu den Bandstoffen, in den größten Differenzen und dabei machen doch die Apotheker in den Ländern mit niedrigeren Taxen schon ihren gehörigen Apothekernutzen; wie hoch ist da erst der Gewinn dieser privilegierten Herren in den Ländern mit hohen Taxen?

Und nun erst die Daten aus den Enthüllungen des Herrn Paste,* die einer kleinen von ihm verfaßten Broschüre entnommen sind. Ein erstaunliches Material wird darin mitgetheilt. Die genaueste Sachkunde des Verfassers offenbart sich auf jeder Seite. Herr Paste greift die Apothekerrechnung einer Krankenkasse aus dem Jahre 1890 heraus. 508 verschiedene Medikamente waren bezogen worden für die Summe von $\text{M} 509,45$. Zur Herstellung aller dieser Arzneien hatten die Drogen beim Einkauf $\text{M} 50,14$ gekostet, die Arzneitaxe erlaubt dem Apotheker für die verwendeten Drogen $\text{M} 269,03$ zu berechnen, das ist ein Profit von $\text{M} 218,89$ gleich 43,6 Prozent. Die Medikamente dieser Ordinationen wurden abgegeben in Gläsern, die beim Einkauf $\text{M} 7,53$ gekostet hatten und beim Verkauf mit $\text{M} 65,63$ berechnet wurden, in Schachteln, die $\text{M} 4,73$ gekostet hatten und für $\text{M} 11,28$ abgegeben wurden, und in

Salbentöpfen, die sich beim Einkauf auf 61 S , beim Verkauf auf $\text{M} 4,25$ stellten. In Summa stehen also bei diesen Nebendingen Aussagen von $\text{M} 19,87$ gegenüber den Einnahmen von $\text{M} 81,16$; die Differenz bildet einen Profit von $\text{M} 60,29$ gleich 288,8 Prozent. Stellen wir demnach noch einmal den Materialwert

an Drogen $\text{M} 50,14$
an Flaschen $\text{M} 19,87$

$\text{M} 70,01$

dem Rechnungswert von $\text{M} 509,45$ gegenüber, so ergibt sich eine Wertheuerung des Materials auf dem Wege durch die Apotheke um $\text{M} 438,44$, gleich ca. 600 Prozent einschließlich Arbeitslohn. Geben wir zu, daß der Apotheker Lokalmilie und ähnliche Spesen in Anschlag zu bringen hat, so ist ein solch hoher Profit doch bei keinem anderen Geschäft sonst noch denkbar und ein Abzug von 20 Prozent für die Krankenkassen nicht mehr als billig, ja geradezu beschleiden zu nennen.

Es würde zu weit führen, aus dem reichen Material der Paste'schen Schrift für heute noch ein anderes Beispiel anzuführen — unser Beweis der Unhaltbarkeit der Stellung, welche die Herren Apotheker in Hanau den berechtigten Forderungen der Krankenkassen gegenüber einzuhalten, ist reichlich erbracht. Zum Schlusse möchten wir nur noch einem Einwande zuvorkommen, welcher der Klage über die hohen Preise der Apotheken gewöhnlich entgegengestellt zu werden pflegt. Man sagt, der Apotheker müsse so viele offizielle Sachen in guter Qualität vorrätig halten, auch wenn sie nicht gebraucht werden, müsse sie, wenn alt geworden, stets wieder erneuern, und habe so einen bedeutenden Schaden. Nun, mit dem Berichten unbrauchbar gewordener Drogen ist es nach übereinstimmender Aussage der Fachleute nicht so schlimm, besonders seitdem die Alkaloloide in der Pharmakopö vorherrschen, die von unbegrenzter Haltbarkeit sind. Sollten sich die Herren Apotheker von dem Ballast alter Wurzeln, Kräuter, Blätter, Linden und von manchen Säften befreien wollen, so sind wir gerne bereit, sie bei diesem Bestreben zu unterstützen; dann aber auch hinaus mit den Geheimmitteln, welche die Herren vertreiben helfen. Dr. J. R., Frankfurt a. M.

Zur Beilegung von Arbeits-Streitigkeiten in England.

Der von der Regierung im Parlament eingebrachte Gesetzentwurf zur Beilegung von Arbeitsstreitigkeiten hat folgenden Wortlaut:

1. Wo ein Streit zwischen einem Unternehmer oder einer Klasse von Unternehmern und Arbeitern oder zwischen verschiedenen Klassen von Arbeitern besteht oder befürchtet wird, kann das Handelsamt, wenn es solches für gut findet, alle oder einige der nachstehend angegebenen Vollmachten auwenden — nämlich a) die Ursachen und Umstände des Streites erforschen und darüber berichten, wenn und wie es dem Amt zweckmäßig erscheint; b) die streitenden Parteien einzuladen, persönlich oder durch Vertreter eine gemeinsame Berathung abzuhalten, unter der Leitung eines Vorsitzenden, den sie entweder selbst erwählt oder das Handelsamt ernannt hat, oder einer anderen Person oder Abgesandten, zu dem Zwecke, um eine freundschaftliche Beilegung des Streites herbeizuführen.

2. a) Im Falle eines Streites, auf welchen das Vorstehende Bezug hat, kann das Handelsamt auf Ersuchen irgend eines der beteiligten Unternehmer oder Arbeiters, und wenn das Amt nach Erwägung der Umstände des Falles und der zur Herbeiführung einer Aussöhnung in dem Distrikt oder Gewerbe verfügbaren Mittel zu der Überzeugung kommt,

dass die Umstände ein Vorgehen desselben unter diesen Bestimmungen rechtssicher, eine Person oder Personen ernennen, um als Vermittler oder als Einigungsamt zu handeln und die auf diese Weise ernannte Person oder Personen sollen durch Verkehr mit den Parteien und sonstwie die Ursachen und Umstände des Streites erforschen und sich bemühen, eine Beilegung derselben herbeizuführen. b) Wenn man sich einigt oder abmacht, daß irgend eine aus dem Streite entstehende oder mit ihm zusammenhängende Frage einer vom Handelsamt ernannten Person oder zwei oder drei Personen, von denen die eine vom Handelsamt ernannt werden soll, zu unterbreiten, so kann das Handelsamt, wenn es dies für gut findet, eine entsprechende Erneuerung vornehmen.

3. Wenn das Handelsamt zu der Ansicht kommt, daß in einem Distrikt oder Gewerbe, in welchem Streitigkeiten häufig vorkommen, entsprechende Mittel nicht vorhanden sind, um diese Streitigkeiten einem Einigungsamt für den Distrikt oder das Gewerbe zu unterbreiten, so kann es eine Person oder Personen ernennen, welche die Verhältnisse des Distrikts oder Gewerbes erforschen und mit Unternehmern und Arbeitern verhandeln sollen, um ein lokales Einigungsamt oder ein aus Vertretern der Unternehmer und Arbeiter bestehendes Schiedsamt herzustellen.

4. Das Handelsamt soll ein Register der Einigungs- und Schiedsämter aufstellen und in dasselbe darauf bezügliche Einzelheiten eintragen, wie sie dies für zweckmäßig hält.

5. Das Handelsamt soll dem Parlament jährlich einen Bericht über seine Tätigkeit auf Grund dieses Gesetzes einreichen.

6. Dieses Gesetz kann als Konciliation Act 1894 titelt werden.

Die Auswanderung früher und heute.

In der "Kölner Zeit." hat Deutand "Amerikanische Federzeichnungen" veröffentlicht. Die erste derselben, geschrieben in der Bekanntmachung an Bord des Schnell-dampfers "Aler", behandelt die Auswanderung früher und heute. Wir entnehmen der Schilderung Folgendes:

Ich stehe auf dem geräumigen Oberdeck und blicke mit Interesse auf das buntfarbige Menschengewirr zu meinen Füßen, denn eben kommen die Passagiere an Bord, die im Zwischendeck der "Aler" die Stelle über das Weltmeer antreten wollen. Eine merkwürdige, seitsam zusammengeflossene Gesellschaft schwärzt, die sich über die schmale Schiffbrücke auf das Deck der "Aler" ergießt. Zwei rohbärtige Dirnen, frisch wie der Morgenwind, eröffnen den Zug. Den kurzen Röcken und den grellfarbigen Kopftüchern nach zu urtheilen, kommen sie vom Spreewald, sind also nahe Nachbarn des thauen folgenden Sachsen, der mit einem treuerzigen "Ei-Herdäses" sein Staunen über das Menschenverhältnisse unseres Dampfers bekundet. Ihm auf dem Fuße folgt ein schlau ausschender Jude, dessen korkenzieherartig gewundene, unter der dunklen Tuchlappe hervorquellende Schmatzloden im Verein mit dem langen, schmierigen Kaftan und den hohen Stiefeln auf das Wasserpolster hinbeduten. Und weiter drängen sich Eschehen mit flachsblonden Haaren, breiten Backenknöchen und wasserblauen Augen, Stallenar und Ungarn mit lederartig gebräunten Gesichtszügen, stämmige Ostpreußen und Westfalen, helle Theinländer und verschlossene dreinblickende Oberbayern über die Brücke, um von den prahlenden Schiffsoffizieren bald nach dieser, bald nach jener Abtheilung des Zwischendecks gewiesen zu werden.

Wohin nur alle diese Leute ziehen mögen, die Hunderte und Tausende, die allwochentlich, alljährlich die Heimat verlassen, um in der Ferne das Glück zu suchen? — — —

Die Uebernachtung der Zwischendeckpassagiere ist beendet, die Unterwerken aufgewunden, und nun streift der Dampfer mit seiner lebenden Fracht dem Westen entgegen. Eine Welle noch gewabren wir im Süden niedrige Dünenzüge, die leichten Streifen deutscher Erde, die sich als scharfe Silhouetten gegen den eisigen, grünlich fahlten Winterhimmel abheben, an dem, von schwarzen Wölfen gejagt, bleigraue Wollensägen dahinstattern.

In einem vor den Windböen geschützten Winkel des Schiffes gedrückt, karre ich hin über das aufgewühlte Meer, über die rostlos

sich hebenden und senkenden Wellenberge, und sinne und sinne, worin wohl die gewaltige Gewalt bestehen möge, die vielleicht seit Jahrtausenden schon die Menschen tritt, nach Westen zu ziehen.

"Seit Jahrtausenden?" so höre ich manchen unserer Leser unglaublich fragen; hebt bei ihm die Geschichte Amerikas doch erst mit der Entdeckung durch Christoph Kolumbus, im allerhöchsten Falle mit den Walfahrten der Normannen an. Und doch ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß schon vor unendlich fernem Zeiten, die vielleicht tausende von Jahren vor unserer Zeitrechnung zurückliegen, menschliche Wesen der stinkenden Sonne nach gegen Westen zogen und jenen Kontinent bevölkerten, den wir heute Amerika nennen. Einige bedeutende moderne Forscher, die sich mit der Vorgeschichte, der Geologie, Fauna, Flora und Ethnographie Nordamerikas beschäftigen, haben seit einigen Jahren die Ansicht ausgesprochen, daß bereits zwischen der alten und der neuen Welt eine Bandverbindung bestanden habe, als deren lezte Reste wir Großbritannien, Irland, die Orkney-, Shetland- und Faröer-Inseln anzusehen hätten. Bei der Aufstellung dieser Meinung fuhren jene Forscher, unter denen wir auch dem berühmten Amerikaner Daniel Brinton begegnen, auf mancherlei Ueberrestescheinungen, die sich tatsächlich sowohl in der Flora wie in der Fauna Europas und Nordamerikas finden. Ferner glauben sie das noch ungeklärte Problem, woher die neue Welt während der Tertiärzeit schon vorhanden gewesenen menschlichen Bewohner empfangen haben möge, am ehesten durch die Annahme erklären zu können, daß jene menschlichen Wesen über jene Länderbrücke in den heute Amerika genannten Kontinent eingewandert seien.

Beruht, was nachzuweisen allerdings kaum jeweils gelingen dürfte, jene Annahme auf Wahrheit, so hätten die Menschen der Vorzeit es ungeheuer bequem mit ihrer Amerikareise gehabt. Tiefenreiche Füße zogen sie über endlose Strecken Landes, die heute tief unter dem Spiegel jenes Ozeans liegen, dessen Geheimnisse und Schrecken alle fahrenden Völker des Alterthums vor dem bloßen Gedanken, ihr je zu kreuzen, zurückgehalten liegen. Als endlich Columbus diesen Versuch wagte und durch seine lädiene Westfahrt unsterblichen Ruhm als Wahnbrecher einer neuen Zeit errang, da entwickelte sich im Laufe der nachfolgenden Jahrhunderte der Verkehr zwischen den beiden Erdhälften doch nur langsam, und noch langsam und spärlicher entwickelte sich die Auswanderung der Europäer in die neue Welt. Die Durchquerer des Ozeans waren Segelschiffe, die, ganz und gar von Wind und Wetter abhängig, unter den günstigsten Verhältnissen einen Monat, manchmal aber auch zwei Monate gebrauchten, um die dreitausend Seemeilen betragende Strecke zwischen Europa und Nordamerika zurückzulegen. Und mit welchen Mühseligkeiten und Gefahren waren jene Reisen verknüpft! Mein Einschätzbar auf der "Aler" ist ein Deutschamerikaner, der vor mehr als dreißig Jahren die Heimat verließ, um nach Amerika auszuwandern. Zur Ueberfahrt benutzte er eins seiner berüchtigten, der Hamburger Firma Robert Loman gehörigen Segelschiffe, die der Bolsmund nicht mit Unrecht als "Tobten-Schiffe" bezeichnete. Wenn mein Nachbar jener Zeit und seiner ersten Fahrt über das Weltmeer gedenkt, dann legt sich sein Gesicht in ernste Falten, die Stimme klingt bewegt und die in schlichter Weise vorgetragenen Thatsachen blänken uns Bruchstücke aus irgend einem Schauerroman.

"Wir waren", so erzählt unser Gewährsmann, über 340 Passagiere und lagen, in drangvoll furchterlicher Enge in den beschränkten Schiffsräumen zusammengepfercht, gänzlich ungeordnet durcheinander: Männer und Frauen, Jünglinge und Mädchen, an Sauberkeit gewöhnte Norddeutsche und schwierige Polacken, von welch' Begierden gar bald das mitgeschleppte Ungeziefer so massenhaft auf uns übertragen wurde, daß die Mehrzahl der Mitreisenden nach kurzer Zeit auf alle Versuche, sich von der unliebsamen Einquartierung frei zu halten, verzichtete. Unsere Nahrung bestand tagaus tagein aus Brod der allerschlechtesten Sorte, aus madenbeflecktem Salzfleisch und verdorbenen Heringen, aus Bohnen, die nach Stundenlangem Kochen noch hart und ungenießbar waren. Da jede Möglichkeit, sich Bewegung zu verschaffen, in dem engen Schiffsräum fehlte, so litten wir alle an schweren Verdauungsstörungen, und schon nach den ersten Wochen brach in Folge der schauderhaften Verpflegung die sogenannte "Schiffssotik" aus. Das erste Opfer war ein Schleifer, der Matrosen unterzogen sich der Mühe, die Leiche in einen Sack zu nähern und mit einem Stück Eisen zu beschweren, bevor sie in die See versenkt wurde. Mit den drei Todten, die wir bereits am folgenden Tage zu verzeichnen hatten, machte die Mannschaft kriegerischen Prozeß — sie wurden bei Nacht und Nebel über Bord geworfen. Nie vergesse ich das Jammer-

so wird er am Sonntag überhaupt unmöglich.

Grundsätzlich muß die Sozialdemokratie allerdings immerfort bestrebt sein, den Fortbildungskunterricht am Sonntagsunterricht, so weit er für Bevölkerung in Betracht kommt, nach Möglichkeit zu beseitigen, ihn durch den Unterricht an Werktagen zu ersetzen. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß diese Reform gute Früchte bringen würde. Aber nur nicht das Kind mit dem Bade ausgeschüttet! Vor allen Dingen darf den nicht zum Besuch einer Fortbildungsschule Verpflichteten die Freiheit nicht beschränkt oder genommen werden, am Sonntag Vormittag Unterricht in geeigneten Instituten zu genießen.

Das ist im Großen und Ganzen der Standpunkt der sozialdemokratischen Fraktion, den der übg. Wurm in längerer Rede zum Ausdruck brachte. Er kritisierte scharf die Vernachlässigung, welche das Fortbildungsschulwesen seitens des Staates erfährt, und bemerkte u. a.: „Die Schule am Sonntag ist ein Unrecht. Über die Beseitigung des Sonntagsunterrichts wird nicht verhindern, daß der Meister seinen Bevölkerung auch am Sonntag ausbeutet. Wir verlangen, daß der Unterricht in die Tagesstunden gelegt wird; aber wir können auch nicht zugeben, daß die kirchlichen Interessen in solcher Weise sich geltend machen, um den Unterricht am Sonntag während einer Übergangszeit zu verhindern. Wenn eine Zeit lang der obligatorische Tagesunterricht eingeführt sein wird, so ist wohl zu erwarten, daß die Bevölkerung so viel lernen, daß sie später einen weiteren Fortbildungskunterricht nicht brauchen. Heute ist es leider der Fall. Aus diesem Grunde werden wir, wenn nicht große Kreise geschädigt werden sollen, den Handwerksgesellen die Garantie bieten müssen, daß sie den Unterricht weiter genießen können. Diese Garantie kann ebenfalls nur dadurch geschafft werden, daß von Seiten der Regierung energisch auf das Fortbildungsschulwesen eingewirkt wird. Wenn es vor den Kommunen allein abhängt, dann steht es trübe aus. So sagt auch ein Hochschuldirektor in einem Bericht: Die Stadtoberordneten, die Kommunalverwaltungen, die das Geld zum Unterricht herzugeben haben und für die Schulen maßgebend sind, die werden, wenn der Tagesunterricht gesetzlich verlangt wird, kein Geld mehr für die Fortbildungsschulen bewilligen. Das glaube ich auch; sie werden eine Zeit lang streiken, denn das Unternehmerinteresse geht ihnen noch über alle Bildungsinteressen des Volkes, von denen Jene so gern sprechen — nur dürfen sie nichts kosten. Wenn da aber der mächtige Druck von Seiten der Regierungen ausgeübt wird, läuft sich schon etwas erreichen; wenn aber von Seiten der Regierung selber der Witzig angetreten wird, wie ist dann zu erwarten, daß die ohnehin widerstrebenben Elemente im Range sich dafür begeistern werden, besseren Schulunterricht zu schaffen?“

Die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung in den östlichen Provinzen Preußens

behandelt ein Genosse, Br. Poersch, in Nr. 9 des „Sozialdemokraten“.

Jene Provinzen besitzen einen überwiegend landwirtschaftlichen Charakter. Die Industrie ist noch sehr unentwickelt. Viele Städte besitzen kein eigentliches modernes Proletariat. Da sitzen die Kleinmeister, fast überall erbärmlicher in ihrer Lage gestellt, als wie der Proletariat der großen Städte. Aber stolz auf ihren Titel sind sie, diese Kleinmeister. Sie betreiben die Bevölkerungslückerei ein groß. Meister mit 15—20 Gehrlingen und ohne einen einzigen Gesellen sind keine Seltenheit. Haben diese Lehrsage „ausgelernt“, so werden sie sofort entlassen und gehen nun nach den größeren Städten, nach Königsberg, Lübeck, Memel, Danzig, Elbing, Thorn usw., wodurch diese Städte einen enormen Zuzug aufzuweisen haben. Die intelligenteren Arbeiter der größeren Städte gehen nach den westlichen Provinzen, weil da die Arbeitsverhältnisse weit bessere sind. Durch diesen Abgang wird die gewerkschaftliche Organisation sehr erschwert. Die dummen und unwissenden Massen bleiben zurück. Hieraus erklärt sich die Armut an agitatorischen Kräften. Jene Massen aber sind äußerst schwer für die Bewegung zu gewinnen. Das niedere Bildungsniveau der Arbeiter dieser Provinzen spielt eine Hauptrolle dabei. Auf dem Lande liegt die Schule in den Händen des Junkerthums und die Kinder werben deshalb viel mehr zur Arbeit als zum Schulbesuch angehalten. Diese Leute können kaum lesen und schreiben, diese Wort müssen sie mühsam zusammenbuchstabieren. Besonders zu schreiben, wenigstens einigermaßen, ist nur der kleinste Theil beschäftigt.

Dann kommt der übermäßige Genuss von

Braunwein hinzu, der in riesigen Mengen konsumiert wird.

Für die Gewerkschaften ist es in diesen Provinzen viel schwerer, Arbeit zu erhalten, als wie in den westlichen Gegenden, da die Industrie noch sehr unentwickelt ist, sie müssen meistens für immer diese Provinzen verlassen. Das Solidaritätsgefühl ist so gut wie noch gar nicht unter den Arbeitern entwickelt, um den Gewerkschaften zu unterstützen. Selbst in den größeren Städten hat man es zu verzeichnen, daß Arbeiter, die meinen, auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung zu stehen, den gewerkschaftlichen Genossen prinzipiell nicht unterstützen, weil sie aus Unverständ und tieferer Selbstsucht glauben, er könnte sich noch vielleicht einen besseren Stock anschaffen, als wie sie besitzen.

Alle diese Faktoren wirken zusammen, um die gewerkschaftliche Organisation in diesen Provinzen zu einer äußerst schwierigen zu machen, so daß in den ersten Jahren große Erfolge auf diesem Gebiete wohl nicht zu erwarten sein werden.

Es kommt hinzu, daß an Orten, wo Kräfte vorhanden sind, wieder kein Lokal zur Versammlung zu erhalten ist.

Aus den unten angeführten Zahlen kann man erkennen, wie traurig es noch mit der gewerkschaftlichen Organisation in diesen Provinzen aussieht, daß in diesen Provinzen nur wenige Hunderte von Arbeitern, nach den Verfassern Annahme höchstens 1900, organisiert sind, von denen mehrere Hunderte noch nicht die geringsten Kenntnisse von der modernen Arbeiterbewegung besitzen.

Diese geringe Anzahl von organisierten Arbeitern ist natürlich nicht im Stande, irgend welchen Druck auf das Unternehmertum auszuüben, und sind daher die Arbeiter dieser Provinzen vollständig der Ausbeutung preisgegeben, die sich in niederen Lööhnen, langer Arbeitszeit und schlechter Behandlung kennzeichnet.

Darum ist es die heiligste Pflicht der Arbeiter der westlichen Provinzen, die Bewegung in diesen Gegenden zu unterstützen; große materielle Opfer werden noch erforderlich sein, um diese Arbeiter an anderer Stufe zu bringen, auf der sich die Arbeiter des Westens befinden. Aber die Opfer müssen von den Arbeitern des Westens gebracht werden, weil die Arbeiter dieser Provinzen nicht im Stande sind, Mittel von irgend welcher Bedeutung aufzubringen — nicht nur aus moralischer Pflicht, sondern aus eigenem Interesse, um den Sieg des Proletariats schneller herbeizuführen.

Die Arbeiter der westlichen Provinzen haben ein ganz natürliches Interesse daran, daß die arbeitenden Massen der östlichen Provinzen sich gewerkschaftlich organisieren, weil sie es sind, die ihnen in den Arbeitsbedingungen, in Lohn, Wirkung und Arbeitsverhältnissen eine enorme Konkurrenz machen, da sie viel billiger und länger arbeiten, eine schlechtere Behandlung sich gefallen lassen, als wie diese, weil sie weiter bei Streiks den Unternehmern der westlichen Provinzen stets als Streikbrecher dienen und dadurch schon mancher Streik in's Wasser gesunken ist.

Poersch klagt, daß der Beschluss des Halberstädter Gewerkschaftskongresses, welcher die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands beauftragt, die gewerkschaftliche Agitation in denjenigen Gegenden zu betreiben, deren Arbeiter noch nicht gewerkschaftlich organisiert sind, bis jetzt in den östlichen Provinzen Preußens nicht ganz erfüllt ist. Er wünscht, daß die Generalkommission die erforderlichen Geldmittel dazu erhalte, ihre Aufgaben in dieser Richtung durchzuführen. Die seitherige Tätigkeit der Kommission in jenen Gegenden habe von Mai 1893 bis ultimo Dezember 1893 ca. M 1751,55 gelöst, „gewiß eine ganz hilfsame Summe, die im Verhältnis zu der Leistung und zu den Erfolgen der Agitationskommission für Dienstleistungen, die die dortigen Verhältnisse nicht näher kennen, exakt erscheinen würde. Aber einmal sind unter den jetzigen schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen auf dem Gebiete der Gewerkschaftsbewegung, selbst in denjenigen Gegenden, wo dieselbe schon seit Jahren Fuß gefaßt hat, keine großen Erfolge zu erzielen, dann aber kommen die besonderen ökonomischen und sozialen Zustände der östlichen Provinzen hier in Frage, die es zur Bedingung machen, daß hier von großen Erfolgen in den ersten Jahren überhaupt nicht die Rede sein kann.“

Poersch schließt seine Ausführungen mit einer Zusammenstellung der bisherigen Ergebnisse:

Durch die Agitationskommission sind in Königsberg die Sattler, Holzharbeiter, Steinrammer, Tabakarbeiter und Bavarbeiter organisiert worden, letztere Organisation ist jedoch wieder zusammengebrochen. In Thorn, Bartenstein und Insterburg die Metallarbeiter und in Lübeck die Maler. In der Provinz wurden von Seiten der Kommission 18 Versammlungen und 25 Konferenzen, um Verbindungen anzuknüpfen, bis Ende Dezember 1893 abgehalten. Arrangiert

waren allerdings viele mehr Versammlungen, sie konnten jedoch nicht stattfinden, da meistens im letzten Augenblick die Lokalitäten abgetrieben wurden.

Weiter wurden dann noch in Königsberg auf Veranlassung der Kommission in einer Reihe von Versammlungen gewerkschaftliche und wissenschaftliche Vorträge von Mitgliedern derselben gehalten.

Dann hat sich in Danzig eine Agitationskommission gebildet, die auch mit dauernden Mitteln von der Generalkommission unterstützt werden soll, die für die Zukunft alle Orte westlich von der Weichsel und Marienburg und Elbing bearbeiten soll, während die Königsberger Kommission alle östlich von der Weichsel gelegenen Orte, mit Ausnahme der oben genannten, zu bearbeiten hat.

In folgenden Orten sind gewerkschaftliche Organisationen von folgenden Berufen vorhanden. In Königsberg sind organisiert: Bildhauer (28), Böttcher, Buchdrucker (162), Glaser (12), Holzarbeiter (74), Holzhilfsarbeiter (18), Hutmacher, Kellner (67), Kupferschmiede (16), Maler (17), Maurer (50), Metallarbeiter (76), Sattler und Tapezierer (21), Schneider, Schuhmacher (20), Steinseher (89), Steinrammer (65), Tabakarbeiter (18), Töpfer (70) und Zimmerer (68). In Lübeck: Buchdrucker (29), Holzarbeiter (52), Maler (17), Maurer (67) und Schuhmacher (26). In Memel: Bäcker (6), Buchdrucker (4), Verein der Handwerkergesellen (45) und Zimmerer (16). In Bartenstein: Metallarbeiter (21). In Insterburg: Buchdrucker (17), Metallarbeiter (8). In Gumbinnen: Buchdrucker (16). In Braunsberg: Buchdrucker (12). In Elbing: Holzarbeiter (30), Kupferschmiede (7), Maurer (5), Metallarbeiter und Steinseher (21). In Dirschau: Zimmerer (22). In Danzig: Böttcher (24), Buchdrucker, Former (18), Holzarbeiter (97), Hutmacher, Hilfsarbeiter in den Fabriken (18), Kupferschmiede (41), Lithographen und Steindrucker (9), Maurer (50), Metallarbeiter (77), Schmiede (12), Töpfer (30) und Zimmerer (70). In Lübben: Danzig: Holzarbeiter (6). In Thorn: Metallarbeiter (27), Maurer (47) und Zimmerer (45). In Jastrow: Tabakarbeiter (69). In Bromberg: Steinseher (82), Zimmerer (26). In Schönlaune: Tabakarbeiter (58). In Neustettin: Holzarbeiter (23).

Die in Parenthese beigegebenen Zahlen bedeuten die Mitgliedszahl der betreffenden Organisationen. Von allen war diese bis jetzt nicht zu erfahren. Auch stehen einzelne von diesen genannten Organisationen noch nicht auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung; obgleich sie sich die Aufgabe gestellt haben, ihre Lage zu verbessern, so glauben sie, dieses durch Pflege des Kastenkrieges oder der Innungsdusselei herbeiführen zu können.

Korrespondenz.

Former.

Greiz. Ende Februar brach in der Webstuhlfabrik von Otto Müller in Reichenbach wegen Lohnunterschieden ein Streik aus, und heute ist derselbe noch nicht beendet, wie aus einem Briefe des Herrn Müller, welcher uns im Original vorliegt, zu ersehen ist. Derselbe ist an den Herbergsvater der „Herberge zur Heimat“ in Greiz gerichtet und lautet: „Es dürfte Ihnen nicht unbekannt sein, daß meine Gießerei Ende Februar in Streik trat, welcher Streik von der Behörde dadurch endgültig gelöst wurde, daß sämtliche fremde Streitende zwangswise in ihre Heimatgemeinde abgeschoben wurden, so daß dem neuen Zugang kein Hindernis mehr im Wege steht. Ich befürchte Sommer wie Winter rund 100 Former und brauche jetzt noch deren 40 Mann und geht mein ergebnis Ertragen dahin, mir solche gest. zuzuweisen, falls solche sich bei Ihnen um Arbeit melden sollten. Der Verdienst ist ein guter, im Sommer und Winter gleich. Es wäre mir aber lieb, wenn Neueintretende mir zuvor den Tag angeben wollten und womöglich auch den Zug, mit welchem sie in Reichenbach ankommen. Bei Ankunft sollen sie sich wegen näherer Auskunft beim Portier u. w. Hochachtungsvoll Otto Müller.“ — Also schon zwei Monate dauert der Streik, und trotz dem Eingreifen der Behörden, trotz dem Abschleben von Leuten aus der Stadt, ist derselbe noch nicht endgültig gelöst, wie Herr Müller behauptet. Nun wendet sich der Fabrikant in seiner Not an die Wirthschaft der christlichen Herbergen, welche das christliche Wirt, Streikbrecher zu schaffen, vollbringen sollen, um den dortigen Arbeitskollegen die Lebensbedürfnisse vollen zu untergraben. Das ist eine schändliche christliche Moral, und dazu geben sich Leute her, welche in einem ganzen Meer von Nachtmüllerei schwimmen; möglicherweise Herr Müller mit seinen Leuten ausgleichen, dann wird es ihm auch nicht an Leuten mangeln. Auffällig ist in dem Briefe des Herrn Otto Müller die Stelle, daß die Behörde „sämtliche fremde Streitende zwangswise in ihre Heimatgemeinde abgeschoben“, so daß dem neuen Zugang kein Hindernis mehr im Wege steht.“ Es wäre uns interessant, zu erfahren, ob die so rasch erfolgte Abgabung der fremden Arbeiter mit dem zu erwartenden Buzug für Herrn Müller in dem Zusammenhang steht. — Unsere Freude lag keine Veranlassung vor, daß die Behörde so schnell die fremden Arbeiter abschob, denn auch diese sind durch § 152 der Gewerbeordnung geschützt. Unterseits ermöglicht diese Maßregel in der That den Buzug von Streikbrechern.

Klemppner.

Frankfurt a. M. Am 21. April hielt der Deutsche Metallarbeiter-Verband, Sektion der Spengler, eine Mitglieder-Versammlung ab. Der wichtigste Punkt der Tagesordnung war Stellungnahme zur Maifeier. Kollege Erhardt legte in kurzen Worten die Bedeutung des 1. Mai klar. Da sich mehrere Redner im Sinne des Kollegen äußerten, fand folgende Resolution einstimmig Annahme: „Die heutige Mitglieder-Versammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Sektion der Spengler, beschließt, daß jeder Spengler am 1. Mai, wenn es irgend möglich ist, die Arbeit ruhen zu lassen hat. Wenn es nicht möglich ist zu feiern, verpflichtet sich jeder Kollege, 1. M. seinen verdienten Taglohn der Allgemeinheit zu überweisen. Es sollen Dienstleistungen, welche diesem Besluß nachkommen, in der zweiten Versammlung bekannt gegeben werden. Ferner erstattete die Streikkommission Bericht, woraus zu erssehen war, daß die Lage der Spengler Frankfurts jetzt nicht so glücklich ist, um in einem größeren Kampf gegen die Unternehmer einzutreten. Die Kommission stellt aber folgende Anträge, welche angenommen wurden: Einführung der zehnständigen Arbeitszeit, wo sie noch nicht besteht. Zu diesem Antrag wurde hauptsächlich auf die Firma J. G. Hey & Sohn hingewiesen, da es die grösste und einzige Werkstatt Frankfurts ist, die noch über 10 Stunden Arbeitszeit hat. Es wurde die Ortsverwaltung beauftragt, die nötigen Schritte in dieser Angelegenheit zu thun. Der zweite Antrag, welcher Annahme fand, ist folgender: Die Kollegen, die noch in Kost und Logis sind, werden beauftragt, dafür zu sorgen, daß biefer Wohlstand so schnell wie möglich befestigt wird. Im Ferneren wies Kollege Erhardt auf die Kontrollmarken der Tabakarbeiter hin und forderte die Kollegen auf, nur in den Geschäften Zigarren zu kaufen, welche die Kontrollmarken führen.

Metall-Arbeiter.

Altona. Am 16. April fand eine gemeinschaftliche Mitgliederversammlung des D. M. V. der Sektion der Schlosser, Schmiede und Klemppner bei P. Meyer statt. Zuerst wurde das Protokoll von der letzten Versammlung verlesen und für richtig befunden. Sodann erhielt Genosse Meyer-Hamburg das Wort zum Vortrag: Die heutige Produktionsweise, ihre Ursache, Schäden und Wirkungen. Redner schildert in treffenden Ausführungen all die Schäden und Mängel der heutigen Produktionsweise und kommt zum Schlusse seines Vortrages zu den Ausführungen, welche von Bassalle gegeben hat, daß nur die Arbeiter durch strenge Organisation all die Schäden entfernen und die Kapitalisten in Schach halten können. Zum 2. Punkt, Maifeier, wurde folgende Resolution angenommen: Die heutige Versammlung erkennt den 1. Mai als Weltfeiertag zur Demonstration für den Achtstundentag voll und ganz an. Es verpflichtet sich die Anwesenden, wo es möglich ist, ihn als Feiertag zu begießen, wo es nicht möglich ist, einen Theil des verdienten Tagelohns zu einem Platz zu steuern. — Für die am 1. Mai feiernden Metallarbeiter von Altona und Umgegend wurde das Lokal von P. Meyer, Hospitalstraße 1, Altona, zur Zusammenkunft bestimmt. Die Abrechnung vom Wintervergütung ergab eine Einnahme von M 126,30, eine Ausgabe von M 58,85, mithin einen Überschuss von M 67,45. Zur Dampftour wurde der 5. August angenommen. Bei „Bereidene“ wurde der Antrag gestellt: Anschaffung von zwei Katalogen für die Bibliothek, welche von den vereinigten Sektionen zu bezahlen seien. Der Antrag wurde angenommen. Beim Abschluß der Lokalfrage entspann sich eine lebhafte Debatte. Es sprachen verschiedene Redner für das Lokal von P. Meyer zur Abhaltung der gemeinschaftlichen Versammlungen. Verschiedene sprechen sich dahin aus, daß wir Marxen nicht hinein zu setzen könnten. Ein Antrag, es den Sektionen zu überlassen, das Lokal zu den gemeinschaftlichen Versammlungen zu bestimmen, wurde angenommen. Als Versammlungsbetrieb wurde der Montag festgelegt. Hierauf folgte Schluß der Versammlung.

Bauhen. Am 14. April fand in den „Metzshallen“ hier selbst eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt. Dieselbe war ziemlich gut besucht und hatten sich besonders auch Angehörige anderer Berufsarten zahlreich eingefunden. Genosse Scheunig

aus Dresden legte in einem längeren, klar durchdachten Vortrage den Anwesenden die unabsehbare Nothwendigkeit an's Herz, sich den bestehenden gewerkschaftlichen Organisationen anzuschließen, indem es nur durch engen Zusammenschluß der Arbeitern möglich sei, der Kapitalistenklasse kraftig und nachhaltig entgegenzutreten. Weicher Beifall lohnte dem Redner. Wenn von Seiten eines Vertreters der Gewerbeverein der Versuch gemacht wurde, die anwesenden Kollegen für seine Organisation zu begeistern, so muß dieser Versuch als entschieden mißlungen bezeichnet werden. Die bekannte Harmonielehre wurde in ihrer ganzen Vollständigkeit von den Kollegen Worm und Schulze, sowie auch vom Referenten in dessen Schlussschluß beleuchtet und hatte namentlich Ge- nosse Schenck den Erfolg, dem Gewerbeverein das Augeständnis abzuringen, daß vielleicht in ferner Zukunft die sozialistischen Ideen sich verwirklichen könnten. Im Heiligen wirkte die Versammlung, die erst kurz vor Mitternacht geschlossen werden konnte, durchaus anregend, und fanden nach Schluß derselben auch mehrere Beitrittserklärungen zum Deutschen Metallarbeiter-Verein statt. Im Abschluß an unserem Bericht wollen wir nicht unterlassen, zu erwähnen, daß demnächst eine allgemeine Gewerkschaftsversammlung einberufen werden soll, in der Angehörige jeder Berufsklasse zum Wort gelangen können, was in den bisher abgehaltenen Versammlungen von Seiten der Behörde unteragt worden war. Wir wollen daher jetzt auf die geplante Versammlung aufmerksam machen und zu zahlreichem Besuch desselben anregen.

Berlin. Die hiesige Bahnhofstelle „Zentrum“ des D. M.-V. hatte am 21. April eine sehr gut besuchte Versammlung, in der Kollege Hösch einen Vortrag hielt über das Thema: „Ein Lebenslohn“. Dass der Referent sich seiner Aufgabe in anregender Weise entflehtete, bewies die darauffolgende lebhafte Diskussion. Der Bevollmächtigte gab bekannt, daß die Differenzen bei der Firma Deutsch u. Böhmer zu Gunsten der Arbeiter beigelegt sind, nachdem die Ortsverwaltung im Auftrag der Arbeiter mit der Firma in Unterhandlungen getreten war. Die Arbeiter, sämlich Verbandsmitglieder, haben außer der neuständigen Arbeitszeit eine erhebliche Abkordnung durchgesetzt. Geltens der Versammlung wurde der Wunsch geäußert, es möge mit dem Berliner Verband ein Abkommen dahingehend getroffen werden, daß im hiesigen Arbeitsnachweis, der noch vom Berliner Verband verwaltet wird, auch die Mitglieder des D. M.-V. nicht erst in zweiter Linie, wie unorganisierte, sondern gleichberechtigt mit den im Berliner Verband organisierten Kollegen berücksichtigt würden. Obwohl andererseits darauf hingewiesen wurde, daß nach den bis jetzt gemachten Erfahrungen auf ein Entgegkommen seitens des Berliner Verbands nicht zu rechnen sei, soll die Angelegenheit doch auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung gelegt werden, die, da das Votum bei Schönung durch den starken Mitgliederzuwachs zu klein geworden ist, bei Ehrenberg, Einestraße 16, am Sonnabend, den 5. Mai, stattfindet. Die regelmäßigen Versammlungen werden in Zukunft ebenda jeden ersten und dritten Sonnabend im Monat abgehalten.

Transböttelerhafen. Am 21. April fand im Lokale des Gastwirths Krause eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt. Kollege Koch-Marne referierte über: Privat-eigentum oder kommunistisches Eigentum. Er führte aus, daß das Privateigentum an den Produktionsmitteln so lange seine Berechtigung hatte, als die ganze Produktionsweise in Kleinbetriebe gehalten war. Mit dem Fortschreiten der modernen Technik werden die Kleinbetriebe vernichtet, derjenige Kleinmeister, welcher heute noch Privateigentum an den Produktionsmitteln besitzt, ist zumeist derartig verhängt, daß das Privateigentum für ihn ein Glück und kein Segen ist. Die wirtschaftliche Entwicklung hebt das Privateigentum auf; sie ist der große Revolutionär, welcher die Massen enteignet. Wir, die Vertreter der modernen Arbeiterbewegung, haben die Aufgabe, diesen Prozeß zum Bewußtsein der Massen zu bringen; wir haben weiter die Pflicht, die Massen zu organisieren, damit diese sich für den augenblick günstige Lebensverhältnisse erringen können, um kämpfend gegen den Alles verschlingenden Kapitalismus zu werden. Die Versammlung zollte dem Redner Beifall. — Zu welcher Weise die Arbeiter von den Unternehmern mißachtet werden, haben wir vor kurzem bei der Firma H. C. Hartort erfahren. Elf Zimmerleute wollten eine Lohnherhöhung haben und begründeten ihre Forderung damit, daß sie auf das Lebensgefährliche ihrer Arbeit hinweisen. Der Bauleiter genannter Firma meinte, wenn die Arbeiter verunglücken, dann hätten sie selber die Schuld. In Nachhieden wollten sie den Beweis liefern, daß nicht die Arbeiter, sondern der Unternehmerprofit Schulb an den meisten Unglücksfällen trage. Beim

Bau der Schleusentore am Nordostseekanal sind Gerüste von ungefähr zwanzig Meter Höhe aufgeführt; auf diesen Gerüsten werden fahrbare Kräne durch Menschenkraft über das Schleusenbett transportiert. Wir mussten stehende Träger in das Schleusenbett hinablassen. Die Träger waren ganz entschieden schwerer, als der Kran Tragfähigkeit hatte; diese wurden wagrecht auf die Pfeller gelegt, dann auf ein Viertel ihrer Länge ausgeleitet. Das eine Ende war nun bedeutend schwerer, der Kran wurde vorwärts gedreht und der Träger mußte so lange in's Schleusenbett rückweise hinabfallen, bis er eine senkrechte Stellung hatte und das Drahtseil, an welchem er hing, straff war. Bei dem rückwärts Hinunterfallen der Träger wurde der Kran hin- und hergeschleudert. Wir Arbeiter ruhten den Kran bedienen und uns auch festhalten, andernfalls wären wir durch das Geländer hinausgeschleudert worden. Welches Gewicht der Träger durch diese widerstürmigen Manipulationen ausübte, geht daraus hervor, daß das Drahtseil durch das fortwährende Rutschen befestigt wurde, und es wäre jedenfalls ein großes Unglück geschehen, wenn die Arbeiter den Schaden nicht rechtzeitig bemerkten hätten. Wenn der Träger vernünftiger Weise wagrecht in das Schleusenbett hinuntergelassen worden wäre, dann unten von neuem angekettet und senkrecht hingestellt worden wäre, dann hätten sieben Arbeiter bei jedem Träger ungefähr eine Stunde länger arbeiten müssen und der Unternehmerprofit wäre um so viel verkürzt worden. Kleinere Elsentheile werden lose auf eine hängende Schale gepackt und so hinuntergelassen. Sägt die Schale an irgend einem Balken des Gerüsts, dann bekommt sie eine Neigung und die Eisenstücke fallen den unten beschäftigten Arbeitern auf die Köpfe. Obwohl dieses schon vorkommen ist, bleibt doch alles beim Alten. Über die Blübung führen Brücken, diese sind theilweise aufgerissen und nur mit einem Brett zum Hinüberlaufen überdeckt. Das Geländer an den Brücken ist stellenweise so schadhaft, daß man beim geringsten Anlaufen in die Tiefe stürzen kann. Täglich laufen viele Ingénieurs an den Schäden vorbei, jedoch Niemand kümmert sich darum. Also nicht die Arbeiter, sondern die Profitwelt der Unternehmer ist die Erzeugerin von Unglücksfällen.

Dresden. Am 15. April tagte eine öffentliche Metallarbeiterversammlung in Dresden-Alstadt mit der Tagesordnung: 1. Volksfürsprung und Wollseinkommen. 2. Gewerkschaftliches. Den 1. Punkt erlebte Kollege Dutsch zu aller Zufriedenheit, was am Schluß seines Vortrages auch der reiche Beifall bezeugte. Der Referent schilderte in sachlichen Aussführungen die Bedürfnislosigkeit des Volkes, was ja unter Verlust des Eßsauses schon bewiesen war. Ferner stellte er fest, daß der Mensch täglich 70 Pf. blos für rohe Kost ohne Zubereitung, Nahr. u. dgl. braucht, was unsere Professoren feststellen. Da aber auf eine Familie drei erwachsene Personen kommen, was statistisch nachzuweisen ist, so machte sich die Summe von 42,10 pro Tag nötig, um die rohe Kost zu beschaffen. Da dieses Einkommen 8½ Millionen Steuerzahler nicht haben, so weist jeder denkende Mensch, mit was für Entbehrungen der Arbeiter vorlieb nehmen muß. Dass der Körper durch diese erschöpft und zuletzt arbeitsunfähig wird, stellte der Referent ausführlich dar. Unsere Militärverwaltung natürlich verlangt für einen Mann 1 Pf. pro Tag und für ein Pferd stellen die Kapitalisten 1,50 fest. Redner fordert am Schluß seines Vortrages alle Anwesenden auf, tüchtig für die gewerkschaftliche wie politische Organisation zu agieren, um sich endlich von dem Drude des Ausbeuterthums zu befreien. Im 2. Punkt legte unser Vertrauensmann die Gründe dar, warum er sein Amt niedergelegt und es wurde der Antrag gestellt, Sonnabend, den 28. April eine außerordentliche Metallarbeiterversammlung einzuberufen und diesen Punkt mit auf die Tagesordnung zu setzen. Nachdem wurden 3 Kreisjuren gewählt und beschlossen, den alten Geschäftsbericht den Mitgliedern in der nächsten Versammlung vorzulegen. Dann wurde angefragt, warum die Arbeitslohnstatistik noch nicht geregt ist, da wir schon das 4. Mal veröffentlicht sind. Das stellte unser Vertrauensmann Haak dahin klar, daß der Hauptvorstand erst Ende Februar die Fragebögen an uns geschickt hat, während am 31. Dezember die Arbeitslohnstatistik festgestellt werden sollte. Wir sind nicht in der Lage, 4 Wochen nach der Zeit das festzustellen. Die Fragebögen hätten 4 bis 6 Wochen vor dem 31. Dezember gesandt werden müssen, damit wir die nötigen Vorlehrungen hätten treffen können. Lebzigens hat das Haak schon einmal an den Hauptvorstand berichtet. Auch hat die Angelegenheit bei der letzten Abrechnung unserer früherer Bevollmächtigten Haase dem Vorstand gegenüber erwähnt. Haak wurde nochmals beauftragt, dem Hauptvorstand die Sache mitzutragen. Nach einigen kurzen Bemerkungen schloß hierauf der Vorsitzende die Versammlung.

Flensburg. Am 14. April hielten die Metallarbeiter Flensburgs eine öffentliche Versammlung ab. Beim 1. Punkt der Tagesordnung wurden die Kollegen Roald und Kallenberger als Delegierte zum Gewerkschaftskartell gewählt. Beim 2. entspann sich eine längere Diskussion. Nachdem das Fazit und Wider reichlich erwogen, war die Versammlung der Ansicht, daß in den Fabriken und Werkstätten, wo dieses angeht, am 1. Mai die Arbeit ruhen soll, und die Kollegen verpflichtet sind, dieses thatkräftig zu unterstützen. Beim 3. Punkt, Streikangelegenheiten, wurden die Mitgliedschaften eines hierigen Stabillments geschlossen. Die Arbeiter im Maschinenbau sind mit einer Forderung an die Direktion herangetreten, im Falle einer Ablehnung wird vielleicht ein Streik in Szene gesetzt werden. Jacobi legt in kurzen Worten die Taktik des Verbandes bei Streikfällen klar. Bei Verschiedenen wurden noch mehrere Mitgliedschaften im obigen Betriebe erläutert. Gobann berichtet das bisherige Kartellmitglied Jacobi noch über die beiden letzten Kartelltagungen. Hierauf wurde in die Mitgliederversammlung des Verbandes eingetreten. Da der bisherige Bevollmächtigte seinen Posten niedergelegt, wurde an seine Stelle Jacobi gewählt.

Heidelberg. In der am 14. April abgehaltenen Mitgliederversammlung wurde vom stellvertretenden Kassier Dörr der Kassenbericht gegeben, aus dem hervorging: Einnahmen ins. 16.205,76, Ausgaben ins. 186,32, darunter für Kleineunterstützung 16.183,05, bleibt ein Kassenbestand von 16.20,44. Mitgliederstand am 1. Januar 90, am 1. April 88, was gerade kein gutes Zeugnis für die Agitation in Heidelberg ist. Bei „Verschiedenes“ kam die Herbergssangelegenheit nochmals zur Erörterung und wurde von verschiedenen Kollegen, speziell von den Herbergskontrolleurinnen, die Unzufriedenheit des Vorsitzenden gerichtet, daß im neuen Adressenverzeichniss noch nicht vermerkt sei, daß die Auszahlung der Kleineunterstützung in der ganzen Tag über ausbezahlt wird, jedoch sind alle reisenden Kollegen, welche hier übernachten, verpflichtet, nur diese Herberge zu benutzen, bei Verlust der Kleineunterstützung. Der Preis der Ketten beträgt für alle Verbandsmitglieder 25 Pf. und ist auch auf's Kleinstes eingerichtet, so daß wir die Herberge unserer Kollegen zum Verkehr nur empfehlen können. Beschwerdebuch liegt auf, auch können Abends von 8 bis 9 Uhr die ev. Festivitäten bei den Herbergskontrolleurinnen angebracht werden. Gleichzeitig warnen wir vor unserer feierlichen Verkehrsherberge, „Gasthaus zur Glocke“, welche noch im neuen Adressenverzeichniss angegeben ist, da schon öfter festgestellt wurde, daß die Kollegen ausgebettet und durch Versprechen gehalten werden, bis ihre paar Groschen alle sind, dann werden sie einfach vor die Thür gesetzt. Dies diene den reisenden Kollegen zur Beachtung.

Hanau. Eine kombinierte Mitgliederversammlung aller Sektionen des D. M.-V. tagte am 20. April im Lokale des Herrn Reißner, Hohe Bleichen. Zur Tagesordnung stand 1. Maifeier, 2. Geschäftsvorordnung, 3. Abrechnung vom Wintervergnügen. Durch einen Antrag von Kaufhold wurde der letzte Punkt zuerst genommen. Es wurden drei Männer zur Revisiun der Abrechnung gewählt; dieselbe wurde gleich vorgenommen. Zum 2. Punkt, Maifeier, wurde dem Genossen Sittfeld das Wort erteilt. Derselbe führte etwa Folgendes aus. Die Frage der Maifeier datirte seit 1889, wo die ersten auf dem internationalen Arbeiter-Kongreß zu Paris beschlossen wurde zur Errichtung des achtstündigen Arbeitstages. Das Wort „Feier“ wurde sehr oft verwechselt mit Demonstration. Da wir wollen am 1. Mai nicht feiern, sondern demonstrieren für den Achtstundentag. Dass der achtstündige Arbeitstag jetzt nicht allein notwendig, sondern auch durchführbar sei, müsse auch dem Blindeken klar sein. Trotzdem würde die Bourgeoisie sich hartnäckig dagegen sträuben. Die Berechtigung des Achtstundentages ist von der Wissenschaft schon längst anerkannt und die Durchführung gefordert. Selbst auf dem Kongreß der Naturforscher war nun derselben Ansicht. Nachdem der Referent die Forderung der Arbeiter noch begründete, indem er die Entwicklung der Arbeitskraft, welche immer mehr um sich greifen würde in Folge der maschinellen Entwicklung, durch Ausbeutung der Naturkräfte usw. erwähnte, schloß er seinen Vortrag unter lautem Beifall. Verschiedene Redner sprachen sich noch über die Art der Demonstration aus, kamen aber alle zu dem Schluß, daß die Arbeitsruhe die würdigste Feier des 1. Mai sei, aber wegen der schlechten wirtschaftlichen Lage nicht gut durchführbar sei. Es sei jedoch jedem Arbeiter anheim gestellt, sowie er keinen Nachteil davon hätte, die Arbeit ruhen zu lassen. Beim 3. Punkt

fragt Kollege Uetz an, ob die alte Geschäftsordnung weiter bestehen sollte (das Bureau dem Vorstande zu überlassen). Beschlossen wurde, die alte Geschäftsordnung beizubehalten. Es sollen Exemplare derselben herkömmlich hergestellt werden und sind diesbezüglich den Mitgliedern gegen Zahlung von 5 Pf. auszuhändigen. Die Abrechnung vom Wintervergnügen ergab einen Überschuss von 1127,50. Über Verwendung dieses Geldes wurde die Versammlung sich noch nicht schlüssig. Nachdem der Vorsitzende noch eine Einladung zur MorgenTour von der Sektion der Schlosser in Barmbeck vorgelesen, folgte Schluß der Versammlung.

Köln a. Rh. Am 8. April fand im Lokale des Herrn Meibus eine gut besuchte gemeinschaftliche, öffentliche Versammlung der umliegenden Verwaltungsstellen des D. M.-V. statt. Die Kölnischen Kollegen glänzten aber meistens durch Abwesenheit. Kollege Schnellberg hielt einen gediegenen Vortrag über „Zweck und Nutzen der Gewerkschaften“. Er schilderte eingehend die Entstehung des Handwerks zur Zeit der Stadtgründung, die Entwicklung derselben zur Manufaktur, und später nach Erfindung der Dampfmaschine zur modernen Fabrikation, besprach sodann die Gesellenvereinigungen von damaliger Zeit, welcher dieselben zur Wahrung ihrer Rechte, sowie zum Schutz gegen die Ausbeutung durch die Meister gegründet hatten. Von diesen zur modernen Arbeiterbewegung übergehenden, welche durch Ferdinand Bassalle in den 60 Jahren in Deutschland ins. Beben gerufen wurde, schilberte Redner ein gehend, was Bassalle gewollt, sowie die Entstehung des Sozialstengesetzes und die großen Drangsalen, welche die Arbeiterorganisationen durch dasselbe auszustehen hatten, sodass die meisten von ihnen von der Bildfläche hinweggefegt wurden. Erst nach dem Falle des Sozialstengesetzes konnten sich die Gewerkschaften wieder entwickeln. Ferner schilberte Redner die großen Schwierigkeiten, mit denen die Gewerkschaften auch heute noch zu kämpfen hätten. Fabrikanten, Behörden, christliche und katholische Gesellen- und Arbeitervereine, evangelische Flieglingvereine u. s. w. traten bei Entwicklung der Gewerkschaften hindernd in den Weg. Besonders rügt Redner das Verhalten des hiesigen katholischen Gesellenvereins während des Schreiner- und Kunstreisertreffs vor einigen Jahren, wie derselbe die auswärtigen Gesellen nach hier dirigirt und so den Streik illusorisch gemacht habe. Ferner schlägt er verschiedene Beispiele an, wie sich das Kapital der Unternehmer verzehrt. So habe z. B. Carnegie in Homestead (Amerika), welcher sein Werk mit 46.000 Dollars Kapital gründete, in 22 Jahren einen Bruttogewinn von 60 Millionen Dollars erzielt. Das Bruttokapital hat sich also 1804 Mal verdoppelt. Nur unterzog er die staatlichen „Musterwerkstätten“ einer scharfen Kritik. Zum D. M.-V. übergehend, erläuterte Redner eingehend den Zweck und die Ziele derselben und forderte zum Schluß die Anwesenden auf, recht thatkräftig für den Verband zu agitieren. Es sei aber auch Pflicht jedes Kollegen, sich neben der gewerkschaftlichen der politischen Organisation anzuschließen. Dritter Beifall lohnte dem Redner. Nach einer längeren Debatte wurde eine Agitationskommission, bestehend aus den Kollegen Schneider, Martin aus Köln, Sternemann aus Ehrenfeld und Koopmann aus Mülheim gewählt. Dieselben werden ihre Adressen demnächst in der „Metallarbeiter-Zeitung“ veröffentlicht. Diese Kollegen haben die Pflicht, die Agitation nach den Beschlüssen der Essener Konferenz zu leiten, sie haben hartnäckig dafür zu sorgen, daß an Orten unseres Bezirks, wo noch keine Filialen bestehen, solche gegründet werden und haben ebenso vorliebst Versammlungen einzuberufen, wenn sich die dortigen Kollegen nicht selbst anstrengen. Zum Schluß wurden noch mehrere Werkstätten einer scharfen Kritik unterzogen.

Lieghausen. Am 14. April hielt die Filiale des D. M.-V. ihre Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung: Die Gewerkschaftsorganisation und deren Einwirkung auf die Kulturerwicklung. Verschiedenes. Vor Beginn der Versammlung wurde vom Vorsitzenden unserem verstorbenen Mitgliede Karl Staudt ein ehrenvoller Nachruf gewidmet. Die Mitglieder ehrteten dessen Andenken durch Erheben von den Säulen. Nachdem der Kassenbericht verlesen und genehmigt worden war, begann der Referent seinen Vortrag. Er erklärte zunächst, daß unter Kultur der Gegensatz von Barbarei und Wildheit zu verstehen sei und belehrte dann die Grade der Kultur in den verschiedenen Ländern. Der Kultur bräkte sich stets, Kultur ausgetragen zu haben, wie sehen aber aus der Weltgeschichte, daß das Gegenteil der Fall ist. Redner beweist dies durch mehrere Beispiele; besonders in den Ländern, wo heute noch der Klerus die herrschende Partei ist, finde man diese Behauptung am meisten bestätigt. Er weist sodann auf Amerika hin, welches den europäischen Ländern in der Kultur voraus sei und daß der Grund hierzu in dem hier selbst herrschenden

Militärsystem zu suchen sei, welches für Kulturzwecke keine Mittel übrig lasse. Daraufhin wurde von einem Kollegen erläutert, daß die Gewerkschaftsorganisation es sich zur Hauptaufgabe gemacht habe, das arbeitende Volk zu bilden und für die Kulturforschritte verständlich zu machen. Auch die Bedeutung, welche die gewerkschaftliche Preise in dieser Hinsicht hat, wurde von ihm ausführlich erklärt. Für die nächste Versammlung wurde ein Referat über: "Das Krankenlassengesetz und die freie Arztwahl" aufgestellt.

Leipzig-Magdeburg. In der Mitgliederversammlung am 22. April in der "Gesellschaftshalle" zu Lindenau gab der Vertrauensmann nachstehende Abrechnung: Einnahme: Betriebsgeb. von 61 Mitgliedern M. 18,80, 4216 Beiträge M. 632,40, 295 Delegiertenmarken zu 10 M. M. 29,50, 273 Reservefondsmarken zu 15 M. M. 40,95, 90 Delegiertenmarken zu 25 M. M. 22,50. Summa M. 748,65. Ausgabe: In die Hauptkasse M. 530, Vergütung der Ortsbeamten M. 12,65, Porto, Schreibmaterialien M. 8,98, Zinsrate M. 14,40, Referate M. 4, Gewerkschaftskartei M. 36, Agitationssumme M. 18,97, am Dreie verbleibt M. 117,80, jetziger Kassenbestand M. 2,85. So M. 748,65. Zum 2. Punkt stellte Kollege Gruber den Antrag: Den Vortrag wegen zu schwachen Besuchs (85 Mann) bis zur nächsten Versammlung zu vertagen. Der Antrag wird einstimmig angenommen. Von verschiedenen Kollegen wird noch gefragt, daß die Versammlungen so schlecht besucht seien und aufzufordern, für die nächste Versammlung besser zu agitieren. Zum 3. Punkt wurden die Kollegen Pöger, Behold und Böllner als Revisoren gewählt.

Mannheim. Am 15. April fand hier eine öffentliche Versammlung statt, in welcher der Landtagsabgeordnete Dr. Müdt über den Untergang der bürgerlichen Gesellschaft sprach. Dann brachten die Kollegen Foschag und Rößing die verschiedenen Missstände in den einzelnen Fabriken zur Sprache. Zuerst war es die Fabrik Bögele, wo Arbeiter entlassen wurden, weil sie einem vorstorbene Kollegen, der mit ihnen in demselben Etablissement thätig war, die letzte Ehre erwiesen haben. Allerdings wurde später wieder der größte Theil der Ausgesperrten eingestellt. Bei dem schon öfter an dieser Stelle erwähnten Etablissement Lanz hat der Portier der Gießerei einem Arbeiter Ohrfeigen statt des Lohnes gegeben, und zwar so, daß der Empfänger blutete. Und das Alles, weil der betreffende Arbeiter keinen sauer verdienten Lohn etwas später verlangte. Er war durch die Natur des Betriebes verhindert, rechtzeitig zu erscheinen, und erhielt nun den Lohn in dieser neuen Münzsorte ausgezahlt. Um billiger produzieren zu können, versucht man in diesem Mustergeschäft ungetreue Arbeiter an Stelle der Gelehrten zu setzen. Lohnabzüge bis zu 20 Proz. sind hier an der Tagesordnung. Letzteres passiert überhaupt in den meisten Geschäftsfeldern. Um die Lehrlinge besser auszubauen zu können, werden in einigen Fabriken nur noch Lehrlinge vom Lande eingestellt, weil die hier domizilirenden an einigen Nachmittagen in der Woche die Gewerbeschule besuchen müssen. Es wurden dann noch die Anwesenden in eindringlicher Weise aufgefordert, dem Verband beizutreten und die anwesenden Mitglieder ersucht, die Versammlungen besser zu besuchen. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

Meuselwitz. Am 15. April tagte bei Kollege Winkler eine Metallarbeiterversammlung zwecks Gründung einer Filiale des D. M.-B. Der Bevollmächtigte von Altenburg eröffnete die Versammlung, anwesend waren 30 Mann. Nachdem derselbe eine kleine Aufmunterung vorausgeschickt, wurde zur Wahl der Ortsverwaltung geschriften. Es wurden fast einstimmig gewählt: als Bevollmächtigter Messing, als Kassirer Winkler. Alle Sendungen sind an Kollege Winkler, Gastwirth in Meuselwitz zu richten.

Pirna a. d. Elbe. Am 14. April hielten die Einzelmitglieder des D. M.-B. einen Bahntag ab. Die Abrechnung, welche der Vertrauensmann vorlegte, wurde richtig befunden. Kollege R. legte dann dar, daß die Filiale früher bei der Gründung 20 Mitglieder gezählt habe, dann aber sei dieselbe bis 100 gestiegen, nur aber sei sie schnell wieder auf 40 gefallen. Dieser Rückgang sei bloß der Flauheit der Mitglieder zuzuschreiben. — Sehen wir uns nun einmal die Sächsischen Emaillewerke an. Dieselben sind das größte Fabrikatellissement von Pirna und Umgegend. Über 260 Arbeiter und Arbeiterinnen sind darin beschäftigt. Das auch hier wie überall die Ausnützung der Arbeiter immer größere Fortschritte macht, zeigen die Lohnverhältnisse, die sich schon seit einer Reihe von Jahren in absteigender Linie bewegen. Auch im Uebrigen sind die Arbeitsverhältnisse nicht die rosigsten. Zu Bezug auf Lohnverhältnisse seien einige Zahlen angeführt. Die Löhne der Schlosser betrugen für 100 Stück Senfimerösen im Jahre 1886 3 M. 1894 M. 1,30, für 100 Stück Eimerösen M. 2,40, bzw. M. 1,10; für 100 Stück Pfannenschalen M. 4, bzw. M. 1,30, (Alles Handarbeit). Die Löhne der Klempner betrugen für einen Beimesser 1886: 50 M. 1894:

20 M. für einen Mischkessel 50, bzw. 42 M. für eine Milchgele 25, bzw. 19 M. für ein Konsol 15, bzw. 9 M. für einen Henkeltopf 12, bzw. 7 M. für einen Trichter 8, 9 u. 10, bzw. 5, 6 u. 7 M. für einen Wurststrichter 12, bzw. 6 M. Und es stehen die Klempner noch vor einer Lohnreduktion. Die Löhne der Brenner betrugen 1886: 24 bis 26 M. 1894: 15—18 M. Die Arbeiterinnen verbienten früher einen Wochenlohn von 9—10 M., jetzt 6—7 M. bei angestraffter Akkordarbeit. Die Planierer und Stanzer sollten vor Kurzem mit einer Lohnreduktion begünstigt werden von 40—50 Prozent. Durch geschlossenes Vorgehen dieser Arbeiter sah sich aber der Fabrikbesitzer, Herr Gebler, veranlaßt, nur bis auf 10 Prozent herunter zu gehen. Schwer scheint's ihm aber geworden zu sein. Er meinte nämlich, von ca. 500,000 müsse er M. 160,000 für Arbeitslöhne und das Uebrige fast für Material und Werkzeuge ausgeben. Kaum, daß er seinen Lebensunterhalt bestreiten könnte. Wir ratzen ihm, selbst unter die Arbeiter zu gehen und zu schaffen, wird das dann eine Schwierigkeit werden. Was versteht Herr Gebler übrigens unter "Lebensunterhalt"? Badereisen machen, Diners geben, auf die Jagd gehen, in feiner Equipage fahren u.s.w. Das dieser "Lebensunterhalt" etwas kostspielig wird, glauben wir gerne. Damit aber eine Lohnherabsetzung der so schon schlecht bezahlten Arbeiter zu begründen, ist stark. Noch in anderer Hinsicht ist Vieles im Argen. Die Arbeitsräume sind schwarz und düstig. Vor zwei Jahren ist durch die Fabrikleitung angeordnet worden, daß die Arbeitsräume frisch gestrichen werden müßten. Bis heute ist's nicht geschehen! Beim Abwiegen ihrer im Akkord geschafften Waaren dürfen die Arbeiterinnen nicht dabei sein, was ihnen gescheint wird, müssen sie glauben. Werner steht leider das Streber- und Kriecherkunst unter den Arbeitern selbst noch in hoher Blüthe, und das ist ein wesentlicher Faktor, mit, daß in erster Linie die Parole gilt: "Ehrlich schangen und den Mund halten!" Von diesen Missständen muß Ihr Euch befreien, Arbeiter und Arbeiterinnen der Sächsischen Emaillewerke, dazu dienst vor Allem der Deutsche Metallarbeiterverband. Ihr mußt Mitglieder desselben werden! Nur wenn Ihr eilig untereinander selt und Schulter an Schulter Euch zusammenschließen, könnt Ihr Eure Lage verbessern!

Schwalm. Am 28. März wurden drei Arbeiter der Firma Gustav Nassenbeul, Metallwarenfabrik gefeuigt. Zweien dieser Arbeiter war die Kündigung schon lange gewiss. Herr Nassenbeul hatte sich schon vor längerer Zeit gefaßt: Ich habe zwei Sozialdemokraten, die muß ich bald entlassen. Wir wollen bei dieser Gelegenheit das Geschäftsgebahren genannter Firma etwas näher beleuchten. Der eine Inhaber ist Herr Hermann Nassenbeul, welcher ein sehr frommer, junger Mann von 24 Jahren und Studentprediger ist, der seine Arbeiter und Arbeiterinnen, wenn sie mit dem Lohn nicht auskommen, mit Traktätchen, "Stadtmissionar", "Märkischer Evangelist" u.s.w. belohnt. Er nimmt aber als Sparfüßer Kaufmann auch Bezahlung für die Blättchen an. Genannter Herr hat es fertig gebracht, eine Menge der Arbeiterinnen schon zu frommen Schäfchen und Mitgliedern der Sekte zu bekehren. Der andere Inhaber ist Herr Ernst Overhoff, Schwager des Ersteren, welcher auch ein former Sektor und die Hauptfeinde des Geschäfts ist. Das echt christliche Geschäftsgebahren der Firma dokumentiert sich darin, daß erstgenannter Herr vor einiger Zeit sich äußerte, die Arbeiter hätten früher immer länger gearbeitet. Allerdings war dies der Fall. Die Arbeitszeit ist jetzt von Morgens 7 bis 7 Uhr Abends. Früher war dieselbe eine halbe Stunde länger. Der verstorbene Herr G. Nassenbeul hat kurz vor seinem Tode zweimal hintereinander die Arbeitszeit um $\frac{1}{4}$ Stunde verkürzt. Wie es nach der Neuflerung des genannten Herrn also scheint, wollen die jüngeren Inhaber der Firma die Arbeitszeit wieder um $\frac{1}{4}$ Stunde verlängern. Das macht für 3 Arbeiter jährlich 39 Arbeitstage = 39,000 Großkapseln und Blättchen durchschnittlich aus. Ein schönes Profitschen, nicht wahr, Herr Nassenbeul? — In der Nacht vom Gründonnerstag auf Karfreitag mussten drei Arbeiter durcharbeiten, die dafür nur den gewöhnlichen Tagelohn erhielten. Die vorgeschriebene Genehmigung geschieht zu haben; wenigstens ist ein Arbeiter dieser Sache wegen von der Polizei vernommen worden. Der Herr Nassenbeul scheint die Bestimmungen der Gewerbeordnung überhaupt nicht zu kennen. Es läßt nämlich die Arbeiterinnen nach halb 6 Uhr Abends des Samstags die Fabrikräume reinigen. Zur Vermeidung vor kommender ähnlicher Fälle sei erwähnt, daß er einem Arbeiter bei dessen Arbeitsantritt die Krankenkassen-Beiträge vom Lohn abzog, ihn aber nicht zur Krankenkasse anmeldete. Es stellte sich dies bei Anwerben des Arbeiters heraus und wird der Herr Arbeitgeber dafür jedenfalls die statutarische Bestrafung bekommen haben. Es war auch voriges Jahr vorausgesehen, die Fabrik von hier nach Bleymann zu verlegen, wo Herr Overhoff wohnt, und wo auch billigere Arbeitslöhne sind. Es muß aber der verstorbene

Herr G. Nassenbeul damit nicht einverstanden gewesen sein. Genug damit für heute. Wir denken, daß diese Blätterlese zunächst genügt.

Dresden-Neustadt. Am 24. April fand im Restaurant Bismarck, Schönbrunnstraße 1, eine öffentliche Versammlung aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen statt. Beim 1. Punkt sprach Frau Eichhorn über "Die Frau in der Industrie". Sie schilderte die traurige Lage der Arbeiterinnen, wie sie immer mehr in die Industrie hingezogen worden sei, und weil sie billiger als der Mann arbeitet, eine gefährliche Konkurrentin für denselben ist. Daher sei es Pflicht eines jeden Kollegen, die Frau zur Organisation hinzuziehen. Bei "Gewerkschaftliches" gab der Vertrauensmann die Abrechnung vom letzten Quartal bekannt und wurde denselben von der Versammlung Deckcharge erhobt. Dann sprachen noch mehrere Redner für die Maßfeier. Der Vorsitzende kritisierte das Verhalten der Waldschlößchen-Großeltern, welche ihren Park zum 1. Mai den Arbeitern nicht überlassen wolle, wurde aber vom überwachenden Beamten unterbrochen. Als er bemerkte: Die Polizei stelle sich bei solchen Dingen stets auf Seite der Unternehmer, wurde ihm das Wort entzogen. Ein Gewerbezettelbesitzer gab bekannt, daß sie eine Statistik aller gewerblichen Streitigkeiten aufnehmen wollten, auch solche, die nicht vor das Gewerbege richt kommen und forderte die Kollegen auf, ihnen alle derartigen Fälle mitzuteilen.

Schlosser u. Maschinenbauer.

Grimma. Am 28. April haben die Schlosser der Saalfeld'schen Fabrik wegen Abzug von 15 Prozent an den Akkordlohn die Arbeit eingestellt. Die Kollegen werden erneut um den Zugang von hier streng fernzuhalten. Bericht folgt.

Breslau. In der am 14. April abgehaltenen Mitgliederversammlung der Sektion der Schlosser u. sprach nach erfolgter Abrechnung seitens des Kassiers Gen. Schuhmacher Bahn über: "Technische Revolution". Stebner hob zunächst hervor, daß die Technik ein Hauptfaktor in der kapitalistischen Gesellschaft ist, bei der Produktion auf den jetzigen Standpunkt gebracht hat und ging dann des Nahen auf die Entwicklung des Transportwesens ein, speziell auf die beiden hauptsächlichsten Transportmittel: Eisenbahn und Dampfschiffahrt, welche letztere die Segelschiffahrt immer mehr und mehr aus dem Felde geschlagen hat. Redner zeigte an Beispielen und wies ziffermäßig nach, wie auf allen Gebieten durch Erfindung der verschiedensten Maschinen die Produktion erhöht worden ist, wie sich aber hiermit auch gleichzeitig das Betriebe in den verschiedensten, ja in allen Großbetrieben bemerkbar macht, Lohnherabsetzung in Verbindung mit verlängerter Arbeitszeit durchzuführen. Was hierauf jedes denkenden Arbeiters Pflicht ist, glaubte der Vortragende nicht weiter anführen zu brauchen. Auch sind wir heute vollständig darüber hinaus, zu vermeinen, durch Vernichtung der Maschinen und sonstigen Hilfsmittel die arbeitende Menschheit aus ihrer traurigen wirtschaftlichen Lage befreien zu können. Schon ein griechischer Dichter sagt u. A., daß durch die Maschine der Mensch nicht mehr wird nötig haben, mit dem ersten Schuhnenschrei auszustecken, um die Produktion der Waaren für die Bedürfnisse des Tages zu beginnen, sondern er kann ruhig schlafen, die Maschine hilft ihm in kürzerer Zeit desselbe und noch mehr zu leisten". Diese Ansicht liegt so nahe und ist so verblüffend, natürlich unter andeven Produkionsverhältnissen als die kapitalistischen von heute. Wir können also den Maschinen nur sympathisch gegenüberstehen und hoffen, daß uns die Technik der Lösung der sozialen Frage näher bringt. Diskutiert wurde der mit großem Beifall aufgenommene Vortrag nicht. Unter "Verschiedenen" wurde beschlossen, die Gewerbe- und Gewerbeordnung anzuschaffen. Nachdem noch der Vorsitzende daran erinnerte, sich an der Maßfeier geschlossen zu beteiligen, wurde die Versammlung geschlossen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Die gelegentlich des Nürnberger Formerspreis ausgegebenen Sammelstellen bitten wir, ob auf Ihnen gezeichnet oder nicht, umgehend mit dem dazugehörigen eingegangenen Geld was hier einzufinden.

Das Ichthim angekündigte Eingebüßt zur Heranziehung der in der Metallindustrie beschäftigten weiblichen Arbeiter ist nun mehr fertig gestellt und steht wie deshalb an die Verwaltungen und Vertrauensmänner, die Gelegenheit und den festen Willen zur thakräftigen Verbreitung derselben haben, daß Erstes, uns baldmöglichst ihre Bestellungen zugehen zu lassen.

Der Schlosser Wilhelm Kunkel, geb. zu Thorn am 25. Dezember 1874, Buch Nr. 59711 und der Schlosser Friedrich Klein, geb. zu Thorn am 1. Februar 1866, sind unter Hinterlassung ihrer Beischulden dem Herbergswirth in Schwerin durchgangen, was wir zur Warnung hierdurch bekannt geben.

Das Gleiche gilt von dem Spangler August Wölker, geb. zu Goslar, der dem Herbergswirth in Lemnitz mit seiner Tochter und der Verwaltungsstelle mit einem der Bibliothek entnommenen Buche durchgangen ist.

Von den nachfolgenden Orten ist der Zugang der Arbeiter der benannten Werke fern zu halten: Formier von Augsburg, Überwald, München u. Nürnberg, Klempner von Elberfeld i. B., Klingeher von Dresden, Formier, Schleifer und Glashärteter von der Altenburger Metallwarenfabrik in Altenburg, Mechaniker von Berlin.

Theodor Werner, Stuttgart, Schlosserstraße 21,1, zu richten, und ist auf dem für Mitteilungen bestimmten Postabschnitt zu bemerken, ob das Gelb überwiesenes Vermögen eines aufgelösten Vereines, Glashärtbegleit, für Beiträge über der Größe für Extramarken, Kongressprotokolle, Delegatensteuer oder Generalkommunikationsmarken ist.

Mit kollegalem Gruss
Der Vorstand.

Allgemeine Frankfurter- u. Sterbe-Kasse der Metallarbeiter.

(G. H. 29, Hamburg).

Frankfurt a. M. Gegenüber der Berichtigung in Nr. 14 von Herrn A. Meier, begrüßt von 3 Verwaltungsbeamten, den Herren Mank, Fischer und Wendt, und zwar im Namen der Ortsverwaltungen, diene folgende Klarstellung: 1. Ich erkläre nochmals, daß ich als Kandidat vor der Generalversammlung 1892 in Weimar in zwei Versammlungen hier in Frankfurt für ein gebundenes Mandat einging, und zwar am 29. Mai und 5. Juli. Die Delegirten der 16. Abteilung haben bei der Generalversammlung zu beantragen: "Sämtliche freien zentralistischen Hilfsklassen in eine einzige deutsche Arbeiterkantone, welche dem § 75 entspricht, umzuwandeln, und sollen die Metallarbeiter den Anfang machen". Sollte die Generalversammlung diesen Antrag ablehnen, so hätten die betreffenden Delegirten zu beantragen: "Die Kasse vollständig aufzulösen und gemeinsamen Übergang in die Ortsklasse zu empfehlen". Ich trat mithin für die Ortsklasse ein unter der Vorbedingung, daß unsere Kasse aufgelöst sei. Hier fiel der bezeichnende Ausdruck: "Wo der Geldbeutel anfängt, hört die Solidarität auf!" unterstellt von Fischer und Mank. Der mitunterzeichnete Herr Wendt war überhaupt abwesend. Niemals bin ich für eine zentralisierte Zusammensetzung eingetreten. Am 29. Mai 1892 stellte ich in unserer Generalversammlung den Antrag, welcher angenommen wurde, eine Versammlung in Frankfurt abzuhalten, zu der sämtliche Filialen der 16. Abteilung eingeladen werden sollen, eventuell Vertreter zu schicken, um gemeinsam Obiges zu berathen, bezw. die Stellungnahme der Filialen lernen zu können. Diese Versammlung wurde nicht einberufen. (In einer Versammlung in Bonnheim wiederholte ich den Antrag, derselbe wurde angenommen, aber abermals nicht ausgeführt.) Der Einberufer wäre Herr Mank gewesen. Diese Richtlinie eines Beschlusses rügte ich im heissen Arbeiterblatt. Dieses führte am 3. Juli in einer Versammlung zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen mir und einigen Mitgliedern gegen den Vorstand. Herr Mank meinte, diesen Besluß brauchten sie nicht auszuführen, er hätte mit den Vorständen von drei Verwaltungen Rücksprache genommen. Dieses unterstützte die Herren Fischer und Meier. Am 15. August, bei der Berichterstattung, forderte ich die Mitglieder auf, sofort in die Ortsklasse einzutreten. Ganz energisch trat ich gegen Gründung einer neuen Kasse auf. Am 22. August trat ich abermals gegen die neue Kasse auf und benutzte meine Stellungnahme durch Einbringung einer Resolution, die abgelehnt wurde, indem dieselbe zu scharf gegen die freien Hilfsklassen abgefaßt war (siehe Protokoll). 2. Ich erkläre, daß Obiges richtig ist, kerne mich auf die damals anwesenden Mitunterzeichner und das Protokollbuch. Mithin ist gelinde gesagt, daß Eingesandt in Nr. 14 eine Unwahrheit ist. Das ist die einzige wahre Mitunterzeichnung.

Das Ichthim angekündigte Eingebüßt zur Heranziehung der in der Metallindustrie beschäftigten weiblichen Arbeiter ist nun mehr fertig gestellt und steht wie deshalb an die Verwaltungen und Vertrauensmänner, die Gelegenheit und den festen Willen zur thakräftigen Verbreitung derselben haben, daß Erstes, uns baldmöglichst ihre Bestellungen zugehen zu lassen.

Grundatz: Hochhaltung des Kastengeläts und Gründung einiger Erstenzen; denn nur auf dieser Grundlage wurde die neue Klasse aufgebaut. Ich bin einer bereits bestehenden Klasse beigetreten, um nicht mitzuheissen, daß die Kräfte der Arbeiter zerstört werden, ich pflege den Gründatz, die Kräfte immer mehr zusammenzuschließen, um vereint zu kämpfen. Diejenigen, welche seither in den Parteikassen ihre Kraft verloren haben, sollen auf ein weiteres Feld ihre Kräfte einsetzen, sich auf dem Gebiete der Gewerkschaften und der politischen Organisation möglich machen, da es dorten vielfach an geeigneten Kräften mangelt. Glaubt denn Herr Meier dadurch, daß er sagt, ich bin auch organisiert, sich jedoch nie in einer Versammlung blitzen läßt, oder etwas beiträgt zur Erhaltung einer Verwaltung in Bornheim, seiner Pflicht genügt zu haben? Solch "Auch organisierte" sind geradezu oftmals ein Hemmischuh, man weiß nicht einmal, warum diese Leute einer Gewerkschaft angehören. Herr Fischer ist hierin konsequenter, er erklärte am 22. Mai 1892, er tritt der Gewerkschaft nicht bei und hält kein Arbeiterblatt, weil dieselben seine Interessen nicht vertreten. Ich frage nun, wie kommt Herr Wendt dazu, das Gingeandt in Nr. 14 zu unterschreiben, wo er abwesend war bei der wichtigsten Frage? Wie kommt Herr Fischer dazu, im Namen der Ortsverwaltung zu zeichnen, ohne auch nur eine Silbe mit seinen übrigen Kollegen darüber berathen zu haben. Ist Herr Fischer die Ortsverwaltung allein? In Zukunft will ich den Herren Vorsitzenden ratzen, falls, wie in diesem Falle, ihr Gedächtnis einer Reparatur bedarf, das Protokollbuch zu nehmen und die Masse hinein zu halten. Im Übrigen will ich die persönlichen Gehärtigkeiten unbeantwortet lassen, überlässe vielmehr den geehrten Herren der "Metallarbeiter-Zeitung" sich ein Urtheil zu bilden, da ich überzeugt bin, daß dieselben das gesetzige Niveau der bereits angeführten Herren Vorsitzenden einer entsprechenden Würdigung unterziehen, indem sie die Herren als wahrheitsliebende Männer gezeigt haben. Es ist dies mein letztes Wort in dieser Angelegenheit und werde ich unter keinen Umständen nochmals antworten.

M. Wiesner.

Die Richtigkeit der vorbezeichneten That- sachen bestätigen die damals anwesenden Mitglieder: Georg Krämer, damal. Schrift- führer am 29. Mai und 3. Juli 1892. Jos. Stichel. Leonh. Hamberger. Fr. Briske. G. H. Könnecke. G. Schmid. — Wir Unterzeichneter als Vorstandsmitglieder bestäti- gten, daß wir von dem Gingeandt in Nr. 14 der "Deutschen Metallarbeiterzeitung" keine Ahnung hatten, obwohl dieselbe im Namen der Ortsverwaltung geschah. Otto Schweig- guth, Joseph Stichel, Neuboren. Leonhard Hamberger, Kassirer.

Zur Beachtung.

Die Verwaltungsstellen des D. M.-V. der Niederlausitz werden ersucht, um dem Konferenzschluß Rechnung zu tragen, über die Zahl der gewünschten Flugblätter, und darüber, ob den Verwaltungsstellen zur Abhaltung von öffentlichen Versammlungen Lokale zur Verfügung stehen, umgehend an Unter- zeichneten Mitteilung zu machen.

S. A.: Die Agitationskommission.

G. Gorof, Gassen, N.-L., Markt 124.

Zur Beachtung!

Um den vielen Anfragen betreffs der Abrechnung über den Nürnberger Förmertreif zu begegnen, geben wir bekannt, daß dieselbe in der Woche nach Pfingsten in Druck kommt.

Die Kreiskommission.

Zur Beachtung!

Der Pfingstfeiertage wegen er- suchen wir, die Anzeigen für Nr. 19 bis spätestens Samstag, den 12. Mai, einzusenden.

Die Redaktion.

Litterarisches.

Bon der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, J. H. W. Dietz) ist uns soeben die Nr. 8 des 4. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalte dieser Nummer haben wir hervor: Zur Maifeier. — Den 18. März. — Die Aussetzung der Arbeitskraft. — Der vierter österreichische Parteitag. — Rechtliche Gleichheit. — Feuerfeste: Bei Tisch. Von François Coppée, übersetzt von E. A. (Schl.) — Arbeiterinnen-Bewegung. — Kleine Nachrichten. Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 J. durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-

Zeitungsliste für 1894 unter Nr. 2860) be- trägt der Abonnementpreis vierjährlich ohne Bezugsgeld 50 J.; unter Preisschild 85 J. Sonderpreis die zweigeschossene Weltzelle 20 J.

Im Verlage von J. H. W. Dietz in Stuttgart erscheint gegenwärtig in Lieferungen „Zielnechts Volks-Fremdwörter- buch“ und „Die Geschichte der Kom- mune von 1871“ von Lissagaray. Illustrierte Ausgabe. Von beiden Werken liegen und jetzt 4 Hefte vor. Das Volks-Fremdwörterbuch ist einer vollständigen Univer- tung unterzogen und sein Inhalt um Be- deutendes vermehrt, so daß es jetzt allen An- forderungen, die man an ein gutes Volks-Fremdwörterbuch zu stellen berechtigt ist, ent- spricht. — Die Lissagaray'sche Ge- schichte der Komune von 1871 ver- dankt ihr Erscheinen in Lieferungen, wie uns die Verlagshandlung bereits früher mittheilte, einem vielfach getuerten Wunsch aus jenen Kreisen, denen eine einmalige Ausgabe von M. — für das complete Werk zu viel war. Die beiden Lieferungen enthalten folgende Bilder: „Die Proklamation der Komune“; „Ein verwundeter Föderirter unter dem Schutz des rothen Kreuzes“, sowie das Porträt „Florens“. Die Lieferungen der beiden Werke erscheinen abwechselnd alle acht Tage zu dem Preis von 20 J.

Vereins-Anzeigen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Dachsen. Samstag, den 5. Mai, Abendspunkt 8 Uhr, außerordentl. Mitglieder- Versammlung im Vereinslokal. L.-O.: Verbandsangelegenheiten. Vortrag: „Der Achtstundentag und seine Bedeutung“. Ref.: der Bevollmächtigte. Verschiedenes. Aufnahme neuer Mitglieder.

Bergedorf. Sonnabend, 5. Mai, Abendspunkt 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Herrn Huth, Stadt Schwerin.

Brunnau. Sonnabend, 5. Mai, Abendspunkt 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung in den „Drei Kronen“. Tagesordnung im Lokal.

Wienhausen. Donnerstag, den 10. Mai, Monatsversammlung. L.-O.: Aufnahme und Einzahlung. Vortrag von Gen. Kalmbach über: „Ethische Kultur“. Verschiedenes und Fragekasten. Um zahlreiches Erscheinen wird ersucht.

Flensburg. (Allg.) Sonnabend, den 12. Mai, Abends, halb 9 Uhr, Mitglieder- versammlung. L.-O.: Beitragsszahlung und Aufnahme neuer Mitglieder. Stellungnahme zum Stiftungsfest. Wahl eines Revisors. Fragekasten. Verschiedenes. Mitgliedsbilder sind mitzubringen. Um zahlreiches Erscheinen wird ersucht.

Furtwangen u. Umgebung. Samstag, 5. Mai, Abends 8 Uhr, im Gasthaus zum „Bod“. Mitgliederversammlung. Tagesordnung im Lokal. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwünscht.

Görlitz. Sonnabend, 12. Mai, Abends, halb 9 Uhr, Zahlabend bei Hellmann, Langenstr. 48.

Halle a. S. Sonnabend, 12. Mai, Abends, 8 Uhr, bei Faulmann, Gartengasse, Mitgliederversammlung. L.-O.: Aufnahme neuer Mitglieder. Beitragsszahlung. Abrechnung vom letzten Bergnuß und 1. Quartal. Verschiedenes. — Die Versammlungen finden jeden Sonnabend vor dem 1. und 15. im Monat in Faulmann's Restaurant statt. — Die Wohnung des Bevollmächtigten, Wilh. Hinze, ist im Restaurant „zur Reichsmünze“, Weißgerberstr. — Die Kellennierstüzung wird bei Gust. Müller, Restaurant „Halleria“, Brüberstr., am Markt ausbezahlt. — Die Restanten werden an ihre Pflichten erinnert.

Görsfeld. Sonnabend, 5. Mai, Abendspunkt 8 Uhr, Mitgliederversammlung im Bahnhof zur „Sonne“. Zahlreiches Erscheinen erwünscht. — Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß der nunmehrige Bevollmächtigte, Schlosser Albert Krause, Markt 183 und der Kassirer, Schwied Adam Bickel, an der Gels 328, wohnt.

Karlsruhe. Samstag, 5. Mai, Abends, halb 9 Uhr, Mitgliederversammlung im Kallenbach, alte Br. Hof. L.-O.: Ein- zahlung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder. Vortrag. Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen erwünscht. — Die aus der Bibliothek entliehenen Bücher sind behufs Revision abzuliefern.

Gaiserschlautern. (Allg.) Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Mitglieder- versammlung am Samstag, den 5. Mai, des Maifeifesthalles wegen, ausfällt. — Die Wohnung des Bevollmächtigten befindet sich jetzt Sophienstraße 9 II.

Linden. Montag, 7. Mai, Abends, halb 9 Uhr, im „Holländer“, Versammlung. L.-O.: Vortrag. Diskussion. Nichtmitglieder haben Zutritt.

Tannenwalde. Montag, 7. Mai, Mit- gliederversammlung. L.-O.: Beitragss-

zahlen. Aufnahme. Vortrag des Kollegen Müller über: „Die Entwicklung der Technik auf wirtschaftlichem Gebiet“. Anträge: Auf- hebung und Beibehaltung der Besoldung des Bevollmächtigten betr. Verschiedenes.

Neuruppin. Sonnabend, den 12. Mai, Mitgliederversammlung im Lokal des Herrn Bläuter, Friedrich-Wilhelmstr. 53. — Sonntag, 6. Mai, allgemeiner Ausflug. Sammelort: Köhler's Gasthaus, Mittags halb 1 Uhr.

Neustadt a. Orla. Sonnabend, den 5. Mai, Mitglieder-Versammlung in Blümmermann's Tunnel. Tagesordnung im Lokal. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist notwendig.

Oberursel i. Taunus. Samstag, den 5. Mai, Abends, halb 9 Uhr, im Saale des „Felseneller“, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung im Lokal. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen ist Pflicht.

Pforzheim. Samstag, 5. Mai, Abends, 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im „Gold. Löwen“. L.-O.: Besprechung über den gemeinsamen Ausflug mit den Stuttgarter Kollegen nach Galow, Leinach. Be- rathung über den Besuch der Durlacher Kollegen in Pforzheim. Kästeler. Verschiedenes. — Kollegen, die sich an dem Ausflug nach Galow am 27. Mai beteiligen wollen, können sich in die im Lokal aufliegende Liste einzeichnen.

Pinneberg. Am 1. Pfingstfeiertag gemeinschaftlicher Ausflug nach Uetersen. Zusammenkunft in Hauchib's Garten. Abmarschpunkt 8 Uhr. Zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

Rathenow. (Sektion der Einschleifer.) Sonnabend, 5. Mai, Abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung in Grandele's Lokal. L.-O.: Verlegung der Versammlung von Sonnabend auf Montag. Regelung des Arbeitsnachweses. Verschiedenes. — Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Delegatenmarken nicht von den Werkstattklassirern, sondern nur beim Kassirer zu haben sind.

Ratingen. Sonntag, 6. Mai, Kästeler nach folgendem Programm: Mittags 2 Uhr Zusammenkunft im Vereinslokal zum Ausflug; 5 Uhr: Vortrag von Genosse Besch-Grefeld über: „Die Bedeutung des 1. Mai“. Nachdem gemütliches Zusammensein, gewürzt durch Vorträge erstaunlich heiteren Charakters.

Regensburg. Samstag, 5. Mai, Abends, 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung im Lokal.

Reutlingen. (Allg.) Samstag, den 5. Mai, Abends, 8 Uhr, Hauptversammlung im Lokal zum „Gerberthor“. L.-O.: Einzahlung und Aufnahme. Fragekasten. Verschiedenes. Die Mitglieder werden ersucht, zahlreicher und pünktlicher zu erscheinen wie bisher. — Die Restanten werden auf § 3 aufmerksam gemacht.

Schmölz. Montag, 7. Mai, Abends, halb 9 Uhr, Haupt-Versammlung. L.-O.: Wahl. Beitragsszahlen. Verschiedenes. — Die Restanten werden an ihre Pflichten erinnert. — Sonntag, 6. Mai, Ausflug nach Görlitz. Abmarschpunkt 2 Uhr. Die Be- wältigung aller ist erwünscht.

Stuttgart. (Allg.) Samstag, 5. Mai, Mitgliederversammlung bei G. Weiß. L.-O.: Einzahlung und Aufnahme. Vorlage des Flugblatts. Gewerkschaftskommissionsbericht. Verschiedenes. — Einzahlungen für den Galiver Ausflug können bei Koll. Wörner gemacht werden und sind zu demselben sämtliche Kollegen Stuttgarts und Umgebung freundlich eingeladen.

Freiberg. Sonnabend, 12. Mai, Abends, halb 9 Uhr, im Koloseum, Mitglieder-Versammlung.

Ehingen. Samstag, 5. Mai, Abends, 8 Uhr, in Schlegel's Bierhalle, Versammlung.

Gedhausen. Samstag, 12. Mai, Abends, 8 Uhr, im Vereinslokal, Mitgliederver- sammlung.

Liegnitz. Sonnabend, den 12. Mai, außerordentliche Mitglieder-Versammlung.

Rostock. Sonnabend, 5. Mai, Abends, halb 9 Uhr, Mitgliederversammlung in der „Brunnenhalle“.

Wandsbek. Mittwoch, 16. Mai, Abends, halb 9 Uhr, Mitgliederversammlung in der Centralherberge, Sternstr. 27. Tagesordnung im Lokal.

Wurzen. Den reisenden Verbandsmitgliedern zur Kenntnis, daß die Meiseunterstützung von jetzt ab Jägerstr. 6, I. ausbezahlt wird.

* * *

Limbach, Sachsen. (Metallarbeiterfachverein alter Branchen.) Sonnabend, 12. Mai, Abends halb 9 Uhr, im „Hotel Johannesbad“. Versammlung. L.-O.: Vortrag. Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen, auch der Verbandsmitglieder, wird erwartet.

Wurzen. (Metallarbeiterverein.) Samstag, 5. Mai, Abends, 8 Uhr, Versammlung.

Denig. (Verein der Metallarbeiter.) Sonnabend, 5. Mai, Abends halb 8 Uhr, im Vereinslokal, Versammlung. Sämtliche Mitglieder des D. M.-V. sind eingeladen.

Frankfurt a. M. Zugang nach Frankfurt a. M. in der Fahrrad-Branche ist strengstens fernzuhalten. Bericht folgt.

Anzeigen.

Nachruf.

Am 19. April starb unser Kollege, der Feilenhauer

Karl Kirchheim

im Alter von 33 Jahren an der Schwind- fieber nach 2½-jährigem Krankenlager.

Seine Freunde

Magdeburg-Bückau.

Am 15. April starb unser treues Verbandsmitglied, der Schlosser

Christian Vape

aus Seesen i. S. im 18. Lebensjahr an der Lungenerkrankung. Wir rufen dem Verbliebenen ein „Ruhe jahrt“ nach.

Bahnhofstelle Parchim in Mecklenburg.

Aussforderung. Der Schlosser Gustav Anderson, früher in Altenburg, zuletzt in Greiz, jetziger Aufenthalt unbekannt, wird hierdurch aufgefordert, seinen Verpflichtungen gegenüber die Verwaltungsstelle Altenburg nachzukommen. Die Bahnhöfe, welchen die Adresse des Obengenannten bekannt ist, bitten wir um umgehende Mittheilung derselben.

Ortsverwaltung Altenburg.

Aussforderung. Der Schlosser August Pirisch aus Aubor, eingetreten zu Elsterberg, Buch Nr. 66227, wird um Angabe seiner Adresse gebeten. **J. Wirth**, Vertrauensm. in Elsterberg i. B.

Aussforderung. Der frühere Kästler von Hersfeld, der Dreher Otto Heinrich, Haupt-Nr. 55881, wird hierdurch aufgefordert, seinen Verpflichtungen der hierigen Verwaltung gegenüber umgehend nachzukommen, während andere Maßregeln ergriffen werden.

Albert Krause, Schlosser, Bevollm. der Verwaltungsstelle Hersfeld.

Aussforderung. Der Buchenmacher Wilhelm Peter aus Gohl, Buch Nr. 51892, wird aufgefordert, seinen Verpflichtungen sowohl unserer Bahnhöfe als den Kollegen gegenüber nachzukommen. Wir rufen Jeder- man, dem die Adresse des P. bekannt ist, um sofortige Mittheilung derselben.

B. Kügl, Kästler, Wenigen-Jena, Dammstr. 3.

Der former Kästler an aus Bodenheim wird von einem Kollegen ersucht, seine Adresse der Ortsverwaltung Ober- urssel i. Taunus zu kommen zu lassen.

Fritz Horn, Ortskästler, Marktplatz 3.

Aussforderung. Der Spengler August Müller aus Goslar, Buch Nr. 63806, eingetreten am 10. März 1894 in Rempten, wird hiermit aufgefordert, daß aus der Bibliothek mitgenommen Buch und die ihm anvertraute Geschäftsauführung schleunigst an uns einzusenden, währendfalls wir andere Schritte thun werden.

Ortsverwaltung Rempten.

Aussforderung. Der Schlosser Georg Berchtenreuter wird ersucht, seine Adresse an die Verwaltungsstelle Rosenheim, geschäftlicher Angelegenheiten halber, zu senden.

Aussförderung. Der Glaschner Josef Mindl aus Glött in Bayern, dem Verband in Schwäb.-Gmünd im Juli 1893 beigetreten, wird, dehnsa gerächtlicher Mittheilung dringend ersucht, seinen Aufenthalt nach hier anzugeben. Die Kollegen werden ersucht, ihn darauf aufmerksam zu machen.

Ortsverwaltung Schwäb.-Gmünd.